

1 Jahr SAP  
Sondernummer



# Arbeiterzeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Ein Jahr SAP

### Auf zum zielklaren Kampf

Von Georg Ledebour

Die kapitalistischen Machenschaften überstürzen sich. Es drängt alles zur endgültigen Entscheidung: entweder faschistische Volksterrorverherrlichung behufs kapitalistischer Massenabschlachtung bis zum Weißbluten, oder proletarische Machteroberung mit dem Endziel der sozialistischen Neugestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens! Darüber gibt es unter den Proletariern, die sich zum Klassenbewußtsein durchgerungen haben, kaum noch Meinungsverschiedenheiten. Ueber die Taktik aber, die wir zur Siegesicherung einzuschlagen haben, kloffen die Ansichten leider noch weit auseinander.

Unter unerträglichem wirtschaftlichen und politischen Druck knickt in Deutschland die Arbeiterschaft und sogar schon der Bäuerliche, handwerkliche und kaufmännische Mittelstand dahin. Die Verheerungen des Kapitalismus durch den kapitalistisch-monarchistischen Herrschaftsklüngel heraufbeschworenen Weltkrieg sind noch keineswegs überwunden. Wie in den übrigen kapitalistischen Ländern hatte auch in Deutschland der Wiederaufbau zerstörter Güter und Produktionsmittel vorübergehend einen Wirtschaftsaufschwung erzeugt. Aber gerade die zur Wiederankurbelung der Wirtschaft eifrig betriebene Rationalisierung brachte durch Übersteigerung der Produktion über den Bedarf hinaus den Absatz bald wieder ins Stocken. Die kapitalistischen Regierungen, die dank der Zerissenheit des Proletariats sich halfter am Ruder behaupten können, wußten diesem Uebelstand nicht anders zu begegnen, als daß sie die Unternehmer subventionierten auf Kosten der arbeitenden Massen. Die dadurch den Unternehmern gewährte Möglichkeit einer Produktionssteigerung wurde aber mehr als wettgemacht durch die verstärkte Absatzstockung infolge der Lohnkürzungen und sonstigen Einkommensminderungen der breiten Volksmassen. Das sind die unvermeidlichen Fehlsparierungen eines kapitalistischen „Wohlfahrtsstaates“, zu dem in seinen Untergangswegen der Kapitalismus den Staatsorganismus zurecht geknetet hat.

Natürgemäß setzt sich das verdoppelt ausgebeutete Proletariat gegen seine Unterdrücker zur Wehr vermittelt Streiks und sonstiger ihm zu Gebote stehender Kampfmittel. Die Kapitalistenklasse misamt ihren Regierungsbeauftragten weiß demgegenüber wiederum kein anderes Abwehrmittel als Verschärfung aller polizeilichen und gerichtlichen Unterdrückungsmethoden. Ja, sie hat sich unter Neugalanisierung der im Weltkrieg völlig verkrachten nationalistischen Ideologie eine opulent besoldete Prätorianertruppe angeworben, die zunächst durch individuellen Terrorismus die klassenbewußten Arbeiter einzuschüchtern sucht, aber danach lechzt nach Veranstaltung einer Bartholomäusnacht mussoliniwürdige Zustände im „Deutschen Reich der Gottesfurcht und guten Sitte“ herbeizuführen. Alle obrigkeitlichen Organe begehnen dieses Treiben. Obendrein hat die im Gegensatz sogar zu der Reichstagsmehrheit eingesetzte Regierung Papen-Schleicher vermittelt einer Notverordnungaktion die nicht völlig in das faschistische Fahrwasser einschwenkende preussische Regierung durch papenfreie Kommissare ersetzt.

So vegetiert das deutsche Volk dahin unter einem nur mangelhaft getarnten Faschistenregiment. Denn zwischen Hitler und Papen-Schleicher besteht ein grundsätzlicher Unterschied nicht. Die Faschisten im Amt und die Faschisten außer Amt sind sich nur noch nicht einig über die Besetzung der Oberbunzenposten im „Dritten Reich“. Zum Überflus wurde in Anpassung an den wieder großgekritzten Machtdünkel der bourgeoisie

Ein Jahr stehen wir nun zusammen im Kampf der Arbeiterklasse.

Wir kamen von verschiedenen politischen Ausgangspunkten. Tausende von uns hatten lange Jahre hindurch in den Reihen der Sozialdemokratie, in Opposition gegen den Kurs des Reformismus, für die Revolutionierung der Arbeitermassen gekämpft. Tausende haben in den Kadern der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Opposition Entscheidendes geleistet und wertvollste revolutionäre Erfahrungen gesammelt. Viele andere, die noch keiner politischen Partei angehört hatten, strömten aus den proletarischen Jugend- und Kulturorganisationen zu unseren Fahnen. Mancher, der in den letzten Jahren müde geworden war über all dem kläglichen Versagen der Arbeiterparteien, faßte neuen Mut, als wir zum Kampf aufrufen.

An verschiedenen Stellen der Arbeiterbewegung, auf verschiedenen Wegen hatten wir, getrennt noch, seit langem dem gleichen Ziele gedient. Jetzt stehen wir zusammen, Seite an Seite, in der gleichen Organisation. Die gemeinsamen Erlebnisse, die gemeinsamen Kämpfe, das geistige Ringen um den richtigen Weg, die unausbleiblichen Enttäuschungen, die Freuden und Leiden dieses Jahres haben uns zusammengeschweißt. Die Sozialistische Arbeiterpartei ist eine Einheit geworden, im politischen Geist und in der Kameradschaftlichkeit. Das ist das wichtigste Ergebnis dieses Jahres.

Das Jahr 1932, wenn im Monatsheft der Arbeiterklasse ein kurzer Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 30. September, davon vom 1. Oktober bis zum 1. November, ein Teil der Reichstagswahl vor uns liegt und vor der Arbeiterklasse ein Teil der Reichstagswahl vor uns liegt, bewahrt werden, die vor uns liegen.

Dieser Selbstbesinnung dient auch die heutige Nummer unserer Zeitung. Aber wie wenig von all dem, was in diesen Zeiten gesagt werden müßte, kann in einer Nummer Platz finden! Nicht nur diese Jubiläumnummer, sondern auch die Nummern des Alltags wollen dieser Aufgabe dienen, mit dem Ziel, die „SAP“ zu einer immer schärferen Waffe im schweren Kampfe des deutschen Proletariats zu machen.

In dieser Nummer schreiben in erster Linie die Führer unserer Partei. Aber wir widmen diese Nummer all den unbekanntenen Soldaten der proletarischen Revolution, die mitgeholfen haben und weiter mithelfen werden, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands zu dem zu machen, was sie werden muß: zum Werkzeug der proletarischen Revolution!

auch noch eine Aufrüstungsaktion inszeniert, die das gesamte Ausland gegen das wirtschaftlich bereits hinreichend zerrüttete Deutschland in Harnisch gebracht hat.

Das alles ist über und über genug, um das deutsche Proletariat zur entschlossenen Abwehr anzutreiben. Denn nur der proletarische Befreiungskampf kann Gesamtdeutschland noch vor dem Untergang in kapitalistischer Barbarei und giftgasgeschwängertem Völkergemetzel retten.

Hätten wir ein einiges, zu gemeinsamer Tat entschlossenes Proletariat, so brauchen wir um die Entscheidung nicht zu bangen. Leider aber stehen sich die beiden Parteien, die große Teile der Arbeitermassen um sich geschart haben, die SPD und die KPD, immer noch in erbitterter Fehde gegenüber. Zur Notwendigkeit der Einigung zwar bekennen in Worten sich beide. Aber beide verstehen unter proletarischer Einigung, daß alle anderen sich ihrer Organisation anschließen. Als deshalb die geschichtliche Entwicklung ihr Einigungsvermögen auf die Probe stellte, haben sie beide möglich verweigert.

Am 20. Juli provozierte durch die gewaltsame Amtsenthebung der aus dem Proletariat hervorgegangenen preussischen Minister das kapitalistische Notverordnungsregiment des Proletariat auf das äußerste. Das war das unverkennbare Signal zu entscheidenden proletarischen Massenkämpfen. Immer noch befangen in ihren reformistischen Traditionen, lehnte die SPD in Übereinstimmung mit den Gewerkschaftsinstanzen entscheidende Massenkämpfe ab und beschränkte sich auf den Appell an die Rechtsinstitutionen des kapitalistischen Klassenstaates. Die KPD faßte wohl den richtigen Weg ins Auge. Aber allein wollte sie den Laden schleppen. Der Parteivorstand der KPD rief kraft eigener Machtvollkommenheit auf zum Massenstreik. Da zeigte es sich, daß die KPD durch ihre jahrelange verkehrte Gewerkschaftstaktik sich des entscheidenden Einflusses auf die Massen selbst beraubt hatte. Der Aufruf verhallte vollkommen wirkungslos. Sogar die Kommunisten leisteten ihrer eigenen Parteiparole nicht Gelingen.

Und nunmehr auch der neue Vorstoß der Papen-Regierung, die Auflösung des eben erst neugewählten Reichstages unter Nichtbeachtung eines mit Eltzwölfel-Mehrheit beschlossenen Mißtrauensvotums dieses Reichstages! Selbst das brachte keine Verständigung von SPD und KPD zu gemeinsamen entscheidenden Massenkämpfen zuwege!

Diese Tatsachen an sich sind schon eine völlig genügende nachträgliche Rechtfertigung für den Versuch, auf neuen Wegen, durch Gründung einer von den beiden älteren Parteien unabhängigen Parteiorganisation, die Einigung des Proletariats zu gemeinsamen Aktionen in die Wege zu leiten. So sind denn gerade die heutigen Zeitergebnisse der erneute Beweis für die Notwendigkeit der vor einem Jahre erfolgten Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei.

„Ja aber“, wenden Gegner und mißtrauisch Abseitsstehende ein, „was habt ihr denn erreicht? Eure Mahnungen zur Einigung sind achlos verhallt, und bei den Wahlen haben die Wähler euch im Stich gelassen. Kein einziges Reichstagsmandat habt ihr bekommen.“

Stimmt! Aber das ist doch nur ein neuer Beweis dafür, daß die Genossen, die sich zur SAP zusammengeschlossen haben, diesen notwendigen Schritt viel früher hätten tun müssen, so daß wir nicht unmittelbar nach der Parteigründung in einer Reihe von Wahlkämpfen, die dem Einigungsgedanken an sich obendrein naturgemäß abträglich sind, unsere Kräfte hätten zu zerstreuen brauchen. Aber der Hauptzweck unserer selbstständigen Organisation und damit unsere Organisation selbst werden dadurch in keiner Weise diskreditiert.

Unbekümmert um das Gezeiter Uebelwollender und um Flaumäckerien Entfäulender, gehen wir unseren geraden Weg, den Weg der Menschheitsbefreiung durch das klassenbewußte Proletariat. Wir bleiben selbstständig, weder ein Anhängsel der SPD, noch der KPD, nicht auch eine himmelherpendelnde zentristische Organisation zwischen jenen beiden, sondern die Vorhut des klassenbewußten Proletariats im Kampfe für die Nieder-

### Ein Jahr Kampf

Von Max Seydewitz

Als vor einem Jahre die SAP begründet wurde, haben nur wenige die zu überwindenden großen Schwierigkeiten klar gesehen. Die Geschehnisse in diesem vergangenen Jahre haben sich förmlich überstürzt, die objektiven Umstände haben die Möglichkeiten der Entwicklung einer jungen Bewegung zur Massenpartei in starkem Maße erschwert. Es würde den Grundgedanken, die uns bei der Gründung der SAP leiteten, widersprechen, wenn wir bei der Rückschau auf das erste Jahr unseres Wirkens verschweigen würden, daß die organisierte Entwicklung der SAP nicht befriedigend und hinter den vor einem Jahr vorliegenden Erwartungen zurückgeblieben ist.

Obwohl wir uns in diesem ersten Jahre nicht mit Massenaktionen begnügen konnten, können wir nicht bestreiten, daß wir unsere Aufgabe der Arbeiterklasse recht bewußt haben, daß wir den rechten Weg wählten und die Durchsetzung unseres Willens der deutschen Arbeiterklasse viele der Niederlagen erspart hätte, die im besonderen auch die Entwicklung unserer jungen Partei gehemmt hätten. Niemand kann etwa behaupten, daß unser Wirken in der Arbeiterklasse ohne Spuren geblieben ist. Wenn auch die organisierte Entwicklung gezogen haben, so haben unsere Ideen doch in stärkerem Maße Gewalt über die Massen gewonnen und das heutige (wenn auch im Lippens) Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Sozialistischen Aktion wäre ohne unsere ermüdete, opfervolle Vorarbeit in den Massen ebenso undenkbar wie die tägliche wechsellagernde Bereitschaft der Massen zur gemeinsamen Klassenaktion.

Gewiß haben wir in diesem ersten Jahre auch Fehler gemacht, deren Wirkung die schwierigen objektiven Umstände dieses ersten Jahres nicht vermindert haben. Wir haben nichts zu bereuen — aber nur dann, wenn wir den besten Grundprinzipien treu bleiben, die vor einem Jahre bei der Gründung der SAP Pate gestanden haben: wenn wir in jeder Situation den Mut zur Wahrheit haben, nicht vor unliebsamen Konsequenzen zurückschrecken und in entscheidenden Situationen immer so handeln, wie es im Interesse der Arbeiterklasse uns erscheint.

Das aber wissen wir heute viel deutlicher als vor einem Jahre: Die deutsche Arbeiterklasse wird nur leben, wird über die Niederlagen dieser Zeit zu neuem Sieg und neuem Aufstieg nur kommen, wenn sie den Willen der SAP das Wollen der gesamten deutschen klassenbewußten Arbeiterbewegung wird.

Zwangung des Faschismus und die Verwirklichung des Sozialismus. Da nur die Einigung des Proletariats, mindestens zu einer Kampfgemeinschaft, uns den endgültigen Sieg in diesen Kämpfen sichern kann, ist die Sozialistische Arbeiterpartei als Herold dieser Einigung dem deutschen Proletariat unentbehrlich. Und in diesem Sinne rufe ich deshalb am Gründungstage unserer Partei den SAP-Genossen zu:

Auf zum zielklaren Kampf!

### Gemeindearbeiter beschließen Streik

Die Funktionärsvorstellung der Gemeindearbeiter Breslauer beschloß am Freitagabend einstimmig, gegen die Willen der Verhandlung, die zum 1. Oktober geplante Lohnkürzung von 3-5 Pfund pro Stunde nicht anzuerkennen, sondern dagegen in den Kampf zu treten. (Ausführlicher Bericht im nächsten Heft dieses Blattes.)

# Die Quelle der Kraft

von Paul Prölich

Der General Hoffmann, der starke Mann von Brest-Litowsk, hat einmal in einem Hitzartikel gegen die Sowjetunion das Geständnis abgelegt, die wilhelminische Regierung trage Schuld daran, daß in Rußland die proletarische Revolution gesiegt habe, dann sie habe seinerzeit den Bolschewiki die Durchreise durch Deutschland gestattet. Doch er war gleich mit allerhand Entschuldigungen für Bethmann-Hollweg und Ludendorff bei der Hand:

Die Führer des Bolschewismus wurden damals lediglich als extremsozialistische Phantasten angesehen. Die deutsche Reichsleitung hoffte, daß diese bolschewistischen Führer, in Rußland angekommen, dort die Verwirrung weiter steigern würden, und daß infolgedessen in sehr absehbarer Zeit Rußland zum Frieden gezwungen sein würde. Niemand hätte es für glaubhaft gehalten, daß sich die bolschewistischen Führer der Gewalt über das russische Reich irgendwie auf längere Zeit bemächtigen würden. Menschliche Weisheit konnte nicht voraussehen, daß diese mittellosen Revolutionäre, die in den Kaffeehäusern der Schweiz zu finden waren, imstande sein würden, das russische Reich in ihre Gewalt zu bekommen, ihre Macht aufrechtzuerhalten und zu einer Gefahr emporzuwachsen, welches alles bedroht.

So ist die menschliche Weisheit der Hoffmann, die offenbar nur im Geld und im Säbel geschichtsbildende Mächte sehen, an den „mittellosen Revolutionären aus den Kaffeehäusern von Zürich“ zuschanden geworden! O über einen solchen Generalskopf! Aber sollten wir uns nicht des Mannes mit dem Säbel erbarmen, wie er sich des Herrn Bethmann erbarmt hat? Könnte denn seine „menschliche Weisheit“ wirklich etwas anderes voraussehen, die dann das Wunder der Geschichte auch nur durch die sagenhaften, teuflischen, von den Bolschewiki bezahlten Chinesenbataillone zu erklären vermochte? Herr Hoffmann hat Lenin und seine Kameraden nicht gekannt, und als er mit einem von ihnen, mit Leo Trotzki, in Brest-Litowsk zusammenstieß, da versagten all seine Maßstäbe vor dieser Erscheinung aus einer anderen Welt.

Und wenn er sie gekannt hätte! Man stelle sich vor, Herr Hoffmann hätte damals Lenin in seiner Proletarierstube in Zürich gesehen, hätte gewußt, daß mit Lenin zusammen ein paar Dutzend Emigranten dachten, debattierten und schrieben und daß im weiten Rußland ein paar Tausend armer Teufel von Arbeitern auf die Stimme des Meisters hörten, wenn sie zu ihnen drang: Wenn der General da in Lenins Schriften geblättert und erfahren hätte, daß dieser Mensch in Welten denkt und sich ein anderer Archimedes — verhilft, die Welt aus den Angeln zu heben! ... Barmherzig hätte der General in seiner Ordenspracht, der sich zu den Herrschenden und den Machern der Geschichte zählte, auf den Mann im zerschlagenen schwarzen Rock herabgesehen und tiefer wäre seine Ueberzeugung gewesen: Phantast, bedauernswerter Phantast! Narren! höhnten damals die sozialdemokratischen Generale, als nach dem 4. August 1914 das kleine Häuflein um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den Kampf gegen Krieg und Sozialimperialismus aufnahm. Nur Verrückte können es wagen, sich gegen die mächtige Partei aufzulehnen, sich der elementaren nationalen Begeisterung der Massen, die alles hinwegschwemmt, entgegenzustellen und gegen die riesenhafte Dampfwalze der Militärdiktatur anzurennen!

Die Ewig-Gestrigen, die Leute mit dem Generals- und die mit dem Bürokratenhirn, die aufgeblähten „Realpolitiker“ können nicht anders denken. Darum schaffen sie nichts und darum werden sie immer wieder von der Geschichte geprellt.

Die Narren aber und die Phantasten haben Geschichte gemacht. Die Bolschewiki haben ein Sechstel der Erde erobert und, tausendmal totgesagt, die Macht gegen eine Welt von Feinden gehalten. Spartakus hat unter unendlichen Schwierigkeiten, unter immer neuen tiefen Enttäuschungen durchgehalten gegen die Durchhalter, hat Opfer über Opfer auf sich genommen, und als die Zeit erfüllt war, stand er an der Spitze einer mächtigen revolutionären Bewegung, die das kapitalistische Deutschland erschütterte.

Wo war die Quelle der Kraft, die vollbrachte, was „menschliche Weisheit“ sich nur als Ausgeburt des Irrsinns vorstellen konnte?

Die Lenin und Luxemburg hatten für sich die Einsicht in den ehrernen Gang der Geschichte. Wo die Politikanten an den Erscheinungen des Tages hingen, da fasten sie das Wirken der gewaltigen Klassenkräfte ins Auge, und sie erkannten Umgestaltungen, Umwälzungen, die sich erst in den Tiefen der Gesellschaft vorbereiten. Das gab ihnen die Festigkeit ihrer Politik. Sie und ihre Mitkämpfer ließen sich nicht beirren von den augenblicklichen Schwächen des Proletariats, seinen Illusionen, seinen Wahnvorstellungen, seinem Versagen. Ihr Vertrauen zur Arbeiterklasse war unerschütterlich. Und unbeugsam war ihr Wille, nach dem zu handeln, was sie als richtig erkannt hatten. Kein Schachern mit der Geschichte, kein Versuch, unterzukriechen und sich anzupassen und einen bequemen Weg zu suchen, auf dem das Ziel erschlichen werden kann und nicht erkämpft werden muß. Keine Abenteuer, sondern zähes, unermüdetes, zielgerichtetes Vorbereiten, allen Enttäuschungen und Niederlagen zum Trotz und kraftvolles, entschlossenes Zupacken, wenn die Stunde der Tat schlägt. Das war ihnen revolutionäre Realpolitik und das gab ihnen die Gewißheit des Sieges.

Heute hört man wieder die kleinsten Reden: Ihr habt ja recht, ihr von der Sozial-

# Die proletarische polnisch-deutsche Einheitsfront

Von Dr. Joseph Kruk (Warschau)

Die SAP existiert erst ein Jahr! Sie hat aber schon hinter sich 365 Tage heroischer Kämpfe! Schmerzhaft und leidenschaftlich ist jede Spaltung, aber die Gründung und die Kämpfe der SAP bilden ein besonders heroisches Kapitel in der proletarischen Geschichte.

Der „nationale Sozialismus“ (nicht nur der Hitlersche!) kann erfolgreich nur durch den revolutionären internationalen Sozialismus bekämpft werden. Die revolutionären Arbeiter in allen Ländern haben daher mit großer Aufmerksamkeit die Geschehnisse in Deutschland verfolgt. Mit einer ganz besonderen tragischen Aufmerksamkeit hat das proletarisch-revolutionäre Lager in Polen die Kämpfe in der deutschen SPD beobachtet.

„Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend; das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“ (Kommunist. Manifest)

Unser Interesse für die Kämpfe in der deutschen Arbeiterklasse war aber nicht nur rein theoretischer Natur. Besonders wir in Polen, als Nachbarn Deutschlands, fühlten die ganze Tragik — und sagen wir offen —, das ganze Verbrechen des Reformismus, der Kreditbewilligung und der Koalitions- und Tolerierungspolitik.

Unser eigener „rein-polnischer“ Opportunismus und Reformismus, der sich hauptsächlich in der „Polnischen Sozialistischen Partei“ (PPS) verkörpert, war und ist nicht minder verbrecherisch als der „Scheidemannis-mus“ und „Noskismus“. Wir, die Linke, haben nie aufgehört, ihn aufs schärfste zu bekämpfen.

Aber immer antworteten uns, den Internationalisten und den besten Freunden des deutschen Proletariats, die polnischen Arbeiter: „Aber, Genossen, schauen Sie über

unsere Grenze, sehen sie, wie die SPD handelt, wie sie immer die deutsche Bourgeoisie toteriert. Wir können daher nicht so handeln, wie wir es möchten. Auch wir müssen mit unserer Bourgeoisie zusammenarbeiten.“ Natürlich war das nicht richtig, weder logisch noch politisch. Aber psychologisch hat die opportunistische und militaristische Politik der SPD viel die opportunistische, militaristische und verbrecherische Politik der polnischen Reformisten begünstigt. Uebrigens: niemand war mit der Politik der deutschen SPD so zufrieden wie die polnischen kapitalistischen und großgrundbesitzerischen nationalistischen Kreise!

Die Gründung der SAP hat nicht nur die internationale revolutionäre Ehre der deutschen Arbeiterklasse gerettet. Sie hat auch den Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente in anderen Ländern erleichtert. Wir wissen, daß die SAP noch eine sehr junge (365 Tage!) und daher schwache Partei ist. Aber wir können mit Stolz und Liebe auf die Genossen Seydewitz, Rosenfeld, Ledebour und die zehntausende Proleten in der SAP hinweisen. Gerade so wie zuerst Karl Liebknecht und später Kurt Eisner und Georg Ledebour die internationale Ehre des deutschen Proletariats während des Krieges gerettet haben, gerade so haben die revolutionäre Ehre der deutschen Arbeiterklasse die Genossen Seydewitz, Rosenfeld, Siemsen und andere, als sie gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, und später, als sie die SAP gebildet haben, gerettet.

Gerade heute, am Ende September 1932, sollte man sich die schreckliche (und vollständig wahr!) Notiz des „Berliner Tageblattes“ vom 30. September 1931 erinnern (es war vor der Spaltung): „In den Kreisen der Mittelparteien ist man geneigt, das scharfe Vorgehen der sozialdemokratischen Parteilung gegenüber den Abgeordneten Rosenfeld und Seydewitz in einen für die Regierung (d. h. Hindenburg-Brüning) günstigen Sinn zu deuten.“

Und tatsächlich: die Genossen Rosenfeld,

Seydewitz und andere wurde man los — schwer aber ging es mit Hindenburg und Schleicher!

Die SPD hat in Berlin absolut so gehandelt wie die Polnische Sozialistische Partei in Polen mit ihrer Tolerierungspolitik. Und aus dieser Politik — das müssen wir offen sagen — ist die gegenwärtige Lage entstanden. Die Polnische Sozialistische Partei war einst mächtig, sie hatte die Regierung in den Händen, sie konnte fast alles durchführen, was sie stark wollte. Und jetzt — was ist sie jetzt? Eine „quantité négligeable“, die sich lächerlich und bedeutungslos in den Augen der Bourgeoisie gemacht hat, und die die Bourgeoisie nur halb toleriert.

Wir sagen das nicht aus Schadenfreude. Die Polnische Sozialistische Partei hat nicht nur sich selbst zu einem schandhaften Bankrott geführt. Leider hat ihre Taktik und Politik in großem Maße zu der größten Gefahr geführt: zu der Gleichgültigkeit, dem Unglauben und der Passivität im polnischen Arbeiterlager. Diese Arbeiterpassivität und dieser proletarische Skeptizismus mindert die Stärke der Konterrevolution. Das, was man in Deutschland jetzt so tragisch fühlt, das fühlen und wissen wir in Polen seit Jahren.

Hier sehen wir am besten, wie „die großen Parteien“ vollständig versagt und bankrott rottiert haben — in Polen und in Deutschland. Wir glauben, daß die Garantie für eine proletarische Offensive die SAP darstellt. Wir wissen auch aus Erfahrung, wie sehr unser Weg schwer und dornenvoll ist. Aber wir zweifeln nicht: der einzige Weg zum Sieg ist der Weg des revolutionären internationalen Sozialismus, der keine Kompromisse und keine Tolerierung der Bourgeoisie kennt; der gleichzeitig alles opfern wird — um die revolutionäre Einheitsfront und die loyale und aktive Zusammenarbeit aller proletarischen Klassenparteien und Organisationen zu verwirklichen. Schafft das — bevor es zu spät ist!

# Revolutionäre Einheit

Von Finn Moe (Oslo)

Die norwegische Arbeiterbewegung nimmt in der Geschichte der Arbeiterbewegung nach dem Kriege eine ganz einzigartige Stellung ein. Das ersieht man schon daraus, daß die Norwegische Arbeiterpartei wohl die einzige große Massenpartei in Europa ist (außer der irischen Arbeiterpartei), die keiner der streitenden internationalen angeschlossenen ist.

An und für sich hat die norwegische Arbeiterbewegung dieselbe Entwicklung durchgemacht, wie die Bewegung in anderen Ländern. Nach dem Kriege eroberte die linke Opposition die Macht in der Partei, vollzog den Bruch mit der zweiten internationalen und schloß sich der

Mit besonderer Freude veröffentlichten wir in der heutigen Nummer einige Originalartikel ausländischer Genossen, die in ihren Ländern an führender Stelle im gleichen Geiste und mit den gleichen Zielen kämpfen wie die SAP. Noch mehr freuen wir uns, unseren Lesern mitteilen zu können, daß diese Genossen künftig regelmäßig in der SAZ über alle wichtigen Ereignisse in ihrem Lande und besonders über die Vorgänge in der dortigen Arbeiterbewegung berichten werden.

dritten Internationale an. Dann kam 1923 der Bruch mit der neuen Internationale, die die Hoffnungen, die man auf sie gestellt hatte, nicht erfüllte und die schon damals die Methoden durchsetzte, die notwendigerweise später zur Isolierung und zum Ruin der kommunistischen Bewegung führen mußten.

Dieser Wille zur Einheit erklärt auch, warum gleich nach dem Bruch 1923 Verhandlungen mit dem Ziel einer Vereinigung der drei Arbeiterparteien aufgenommen wurden. Auf einem frühen Stand der Verhandlungen wurde es klar, daß die KP diese Vereinigung nicht mitmachen würde. Mit der Sozialdemokrat-

Partei aber wurde eine Vereinbarung erzielt und 1927 wurden die zwei Parteien vereinigt. Die Parteien sind ziemlich schnell verschmolzen und bilden jetzt eine einheitliche Partei, in der es selbstverständlich verschiedene Strömungen gibt. Anders wäre es unnatürlich.

Aber wenn es gelungen ist, diese Einheit aufrechtzuerhalten, dann muß dies dem Umstand zugeschrieben werden, daß die Partei die Grundlage des revolutionären Klassenkampfes nicht verlassen hat, andererseits auch nicht in den Scheinradikalismus der Komintern verfiel.

Im Gegensatz zu vielen anderen Parteien und Gruppen ist die norwegische Arbeiterpartei nach ihrem Bruch mit der kommunistischen Internationale nicht zum Reformismus übergegangen. Deshalb stehen wir auch nicht in der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

Selbstverständlich kann die Politik der Partei in ihren Einzelheiten kritisiert werden. Aber es ist gelungen, die großen Hauptlinien einer wahren revolutionären Politik aufrecht zu erhalten. Ich führe nur drei Tatsachen an, die das beweisen.

1928, als die Partei nach ihrem großen Wahlsieg eine Minderheitsregierung bildete, hat diese Regierung eine klare sozialistische Erklärung abgegeben und ist daraufhin sofort gestürzt worden, obwohl es möglich gewesen wäre, wie die Regierung Mac Donalds, lange von der Gnade der bürgerlichen Liberalen zu leben. Damals hat der „Vorwärts“ geschrieben, daß wir „unsere Unreife zeigten!“ Vielleicht urteilt man jetzt etwas anders darüber!

1928 ist es auch gelungen, durch einen ungesetzlichen Streik das obligatorische Schlichtungssystem, das einige Jahre vorher eingeführt war, zu zertrümmern. Durch einen Streik der Bauarbeiter gegen das Urteil der Schlichtungsinstanzen, ein Streik, der von der

ganzen norwegischen Arbeiterschaft unterstützt wurde, ist das Parlament gezwungen worden, das Schlichtungssystem aufzuheben.

Und im letzten Jahre, als der norwegische Arbeitgeberverband zu der großen Schlacht gegen die Löhne der Arbeiterschaft auslachte und eine Reduktion von 25—40 Prozent verlangte, hat mehr als 50 Prozent der Mitglieder der Gewerkschaften eine 5—6monatige Aussperrung durchgemacht und einen Sieg errungen insofern, als die Arbeitgeber sich mit einer Reduktion von 6—8 Prozent begnügen mußten. Es wird lange dauern, bis die Arbeitgeber sich zu einem solchen Generalangriff auf die Löhne der Arbeiterschaft wieder hervorwagen.

Diese drei Beispiele charakterisieren eine Politik, die nicht jeden Tag die Revolution verspricht, aber durch den Gang der Entwicklung selbst die Arbeiter für die Revolution vorbereitet.

Diese Politik ist selbstverständlich nicht nur das Resultat einer klugen Führung der Partei. Es gibt objektive Ursachen dafür. Wir haben in Norwegen eine radikale Arbeiterschaft, weil sie jung ist. Die Industrialisierung Norwegens fing erst recht um die Jahrhundertwende an. Der alte Bauernradikalismus lebt noch unter den Arbeitern weiter. Zweitens war es für die norwegische Arbeiterschaft, selbst für diejenigen, die sozialdemokratisch gesinnt waren, unmöglich, eine so unglücklich naive Politik wie z. B. die der deutschen Sozialdemokratie, zu verteidigen und zu befürworten. Denn wir haben in Norwegen schon seit etwa 1890 diese vielgerühmte parlamentarische Demokratie. Wir haben sie schon ausprobiert und wissen, daß sie eine ebenso gute Grundlage für die Herrschaft der kapitalistischen Klasse bildet, wie irgendeine andere Staatsform.

Wir stehen in dieser Weise gewissenmaßen gut gerüstet für die schweren Zeiten, denen wir jetzt entgegengehen. Aber wenn das der Fall ist, dann durch die Politik, die wir getrieben haben, daß heißt durch die Politik, für die die Genossen von der SAP schon seit langem eingetreten sind.

Es ist unsere Ueberzeugung, daß die ganze internationale Arbeiterbewegung zu dieser klaren Klassengrundlage und diesem sozialistischen Kampfgeist zurückkehren muß, wenn die Arbeiter wieder vorwärtschreiten sollen, und deshalb fühlen wir uns mit unseren Genossen aus anderen Ländern, die auf demselben Standpunkt stehen, so eng verbunden.

Und wir rufen euch zu:

Für die Einheit!  
Für den Sozialismus!

istischen Arbeiterpartei, aber dort sind die großen Parteien mit ihrem Massenanhang, und ihr seid klein, wie könnt ihr die großen Aufgaben der Zeit lösen! Doch was haben denn die großen Parteien geleistet? In einer Situation, die nach proletarischer Aktion schreit, sind sie ohnmächtig trotz ihrer Massen. Die Kräfte, die jetzt den Kapitalismus stürzen könnten, stürzen müßten, haben sie versetzt. Sie haben die Lehren der Meister und die Erfahrungen der Geschichte in den Wind geschlagen und wollen nicht lernen. Täglich wird ihre Politik von den Tatsachen widerlegt. Mit leeren Händen und aufgeblähten Backen trumpfen sie auf ihren großen Haufen.

Die Menge tut es! Aber nur wenn sie den richtigen Weg geht. Wir sind erfüllt von der

Gewißheit, daß unser Weg der richtige ist, und sind bereit, unsere Waffen täglich neu zu prüfen. Und das genügt! Wer nicht versteht, in der Minderheit zu wirken, wird nie die Massen erobern und sicher führen. Wer Enttäuschungen scheut, wird nie den Sieg erringen. In der Geschichte geht keine Kraftanstrengung verloren. Die richtige Politik aber muß siegen, wenn sie unbeirrt und kraftvoll, allen Widrigkeiten zum Trotz verfolgt wird.

Wir sind entschlossen, den Weg zu gehen, den Luxemburg und Lenin gegangen sind. Er wird uns zu den Massen bringen, sie fest mit uns verketten und uns zum Sieg führen.

### Notschächte geschlossen 10 000 Erwerbslose mit Gewalt vertrieben

Kattowitz, 30. September.  
CNB. Wie die Polizeidirektion mitteilt, werden in den nächsten Tagen in Polnisch-Oberschlesien sämtliche von den Arbeitslosen errichteten Notschächte zugesichert. Ein Teil der Schächte soll vorher gesprengt werden. Bereits Anfang dieser Woche mußte die Förderung in den Notschächten völlig eingestellt werden. In ganz Ostoberschlesien befinden sich über 2000 Notschächte, in denen rund 10 000 Erwerbslose arbeiten.  
Unter schwerster Arbeit haben sich die aus den technisch hochmodernen Gruben entlassenen arbeitslosen Kumpels in den primitiven, selbst mit Hacke und Schaufel gebuddelten Notschächten ein paar Pfennige verdient und damit den Profit des Großkapitals bedroht. Deshalb werden sie jetzt mit Waffengewalt vertrieben und werden ihre Notschächte gesprengt.  
10 000 Bergleute sollen vor Hunger verrecken, weil sonst der heilige Profit des Großkapitals gefährdet wird.

### Verkehrsstreik in Hamburg

Hamburg, 1. Oktober.  
WTB. Einem in vergangener Nacht mit 95prozentiger Mehrheit gefassten Streikbeschluss der Arbeiter der in der Hamburger Hochbahn A. G. zusammengefaßten Verkehrsmittel ist heute früh Folge geleistet worden, so daß der Verkehr auf den Hamburger Straßenbahnen, der Hochbahn und den Alsterdampfern vollständig ruht.

### Siegreicher Streik bei Phönix

(Eigener Bericht)  
Düsseldorf, 30. September.  
Der wegen beabsichtigter Reduzierung der Akkordlöhne ausgebrochene Streik im Röhrenwerk Phönix ist erfolgreich beendet, da die Nachtschicht ebenfalls in den Ausstand getreten war, mußte die Direktion ihre Maßnahmen zurückziehen und sich bereit erklären, die Urlaubsforderungen der Arbeiter anzuerkennen, sowie alle Streikenden wieder einzustellen.  
Auf dem Werk Eick & Söhne in Düsseldorf-Herd hat gestern die Belegschaft des Nordwestbetriebs die Arbeit niedergelegt, nachdem die Direktion durch Anschlag Lohnabbau verkündet hatte.

Bocholt, 30. September.  
Auch die Textilarbeiter wehren sich. Heute trat bei der Firma Hammern die Belegschaft von 200 Spinnern in den Streik, nachdem bekannt war, daß die Werksleitung auf Grund der Notverordnung einen 20prozentigen Lohnabbau und 40-Stundenwoche mit Wirkung vom 30. September angeordnet hatte. Die anderen Spinnereien in Bocholt sind leider noch in Betrieb.

### Streik im Berliner Möbeltransport

Berlin, 1. Oktober.  
CNB. Der seit einiger Zeit im Möbeltransportgewerbe bestehende Tarifkonflikt hat nunmehr zu einem Streikbeschluss der Arbeiter geführt. Die gestern in den Betrieben durchgeführte Urabstimmung hat die satzungsgemäße Stimmenmehrheit für einen Streik ergeben. Die Arbeitsniederlegung soll bereits heute, Sonnabend, erfolgen.

### Der Lohn tarif in der schlesischen Textilindustrie verlängert

Der zum 30. September gekündigte Lohn tarif in der schlesischen Textilindustrie, umfassend die Bezirke Breslau, Görlitz, Grünberg, Landeshut, Lauban und Reichenbach ist bis 31. Dezember 1932 verlängert worden.

### 11,5 Millionen Arbeitslose in USA

Washington, 30. September.  
WTB. Nach einer Aufstellung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes betrug die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten Ende August 11 1/2 Millionen.

### Politische Gefangene im Streik

Kattowitz, 30. September.  
CNB. Seit etwa acht Wochen befinden sich die politischen Gefangenen im Kattowitzer Gefängnis in einem Proteststreik. Ein Delegierter des Justizministeriums war vor diesen acht Wochen zu einer Besichtigung des Gefängnisses hier eingetroffen und hatte als Ergebnis seiner Prüfung angeordnet, daß den politischen Gefangenen alle Erleichterungen, wie eigene Küchenbenützung, längere Spaziergänge, Gebrauch von Schreibpapier für freie Korrespondenz usw. untersagt wird. Dagegen haben nun die Gefangenen protestiert und sind noch nicht aus ihren Zellen herausgekommen.

# Tumulte in Wien

## Auswirkungen des Nazitages

In Wien findet in diesen Tagen zum ersten Male eine größere Veranstaltung der Nationalsozialisten statt. Die Folge ist, daß es bereits zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern gekommen ist.  
In der Gemeinderatssitzung am Freitagabend erklärte der nationalsozialistische Gauleiter Frauenfeld mit Bezug auf die Sozialdemokratie, daß die Nationalsozialisten nicht in der Lage seien, mit Vertretern von Messerstechern und Vagabunden zusammenzusitzen. Diese Erklärung rief begriffliche Entrüstung bei den Sozialdemokraten hervor. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem  
Tintenfassern, Schubladen  
und Stühle  
geworfen wurden. Der Bürgermeister unterbrach die Sitzung. Drei sozialdemokratische

und vier nationalsozialistische Gemeinderäte wurden, teilweise erheblich, verletzt.  
Auch in den Straßen von Wien kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, wobei wiederholt scharf geschossen wurde. Zahlreiche Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden, viele Verhaftungen wurden vorgenommen.  
Nachts um 11 Uhr ist der Ministerrat zusammengetreten, um angesichts dieser Ereignisse entsprechende Beschlüsse zu fassen.

### Bewaffnete Gemeinderäte

Bei Wiedereröffnung der Gemeinderatssitzung stellte Bürgermeister Seitz fest, er habe gesehen, daß Mitglieder des Gemeinderats Waffen verschiedener Art (Gummiknüppel und dergleichen) hatten.

# Breslau vor einem Gemeindearbeiterstreik

Die Konferenz der Gemeindearbeiterfunktionäre der städtischen Betriebe Breslaus am Freitag, den 30. September, stand unter dem Zeichen der außerordentlichen Erregung und Empörung der gesamten Gemeindearbeiter infolge der zum 1. Oktober angekündigten erneuten Lohnreduzierung von 3 und 6 Pfennig pro Stunde.  
Kollege Blank vom Gesamtverband berichtete über die Verhandlungen mit dem Magistrat und der Regierung. Trotzdem selbst der Magistrat der Stadt Breslau der Auffassung ist, daß den Gemeindearbeitern ein neuer Lohnraub nicht zugemutet werden könne, verharrten die Regierungsvertreter auf ihrem Standpunkt, daß die

stimmung die Annahme der Resolution zu verhindern. Einen zweiten Antrag, der sofortige Kampfmaßnahmen in allen städtischen Betrieben gegen den Lohnabbau verlangte, brachte der Kollege Blank überhaupt nicht zur Abstimmung, sondern schloß kurzerhand die Versammlung und verließ den Saal. Daß die Verbandsleitung aus Rücksicht auf die „Friedenspflicht“ die städtischen Arbeiter in der entscheidenden Stunde, in der sie im Interesse ihrer Existenz gezwungen und gewillt sind, den Kampf gegen Lohnabbau zu führen, im Stich läßt, löste große Empörung aus. Die Vertrauensleute ließen sich aber dadurch nicht abhalten, in dieser Situation das Notwendige zu tun. Sie wählten aus ihrer Mitte heraus einen neuen Versammlungsleiter, der die Versammlung zu Ende führte und den Antrag, durch den der Kampf beschlossen werden soll, zur Abstimmung brachte. Einstimmig nahmen die geschlossenen beieinander gebliebenen Funktionäre folgenden Antrag an:  
„Die Vertrauensleute der städtischen Betriebe sind entschlossen, den Kampf gegen den geplanten Lohnabbau aufzunehmen. Die jetzt geforderte Restangleichung der städtischen Arbeiterlöhne an die Staatsarbeiterlöhne auf Grund der 2. Gehaltskürzungsverordnung von 1931 wird von uns als erfüllt angesehen, weil die städtischen Arbeiter im Interesse ihrer Kollegen, welche entlassen werden sollten, die 44 Stundenwoche freiwillig eingeführt haben. Diese Angleichung ist auch durch Schiedsspruch bestätigt worden. Jeder weitere Abzug bedeutet Zerschlagung des Arbeiterhaushalts und dagegen werden und müssen sich die Arbeiter zur Wehr setzen. Die städt. Arbeiter werden aufgefordert, die Betriebe kampfbereit zu machen zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau und gegen weitere Verelendung der Arbeiterklasse.“  
Der Beschluß ist klar und eindeutig. Es kommt jetzt darauf an, daß der Kampfbeschuß in allen Betrieben sofort in die Tat umgesetzt wird.

### Die nächsten Nummern der SAZ

bringen grundlegende Artikel von Fritz Sternberg, Eduard Weckerle, Ferner, Brockway und anderen hervorragenden Mitarbeitern unserer Zeitung.  
Wer die SAZ noch nicht abonniert hat, kann auch Einzelnummern jederzeit von unseren Kolporteurs oder direkt vom Verlag beziehen.

4. Notverordnung vom 4. Juni 1932 jetzt restlos durchgeführt und die Gemeindearbeiterlöhne an die der Staatsarbeiter angeglichen werden müssen. Diese Maßnahme ist umso brutaler, als, wie Blank feststellte, heute schon die Lohnsumme für die städtischen Arbeiter Breslaus pro Jahr um acht Millionen niedriger ist, als 1930, und als den Gemeindearbeitern bisher schon der Lohn um 30 Prozent gekürzt worden ist.  
Alle diese Einwände ließen die Regierungsvertreter nicht gelten. Sie bestanden auf der bedingungslosen Durchführung der Notverordnung und billigten nur eine gewisse Zeitverschiebung in der Durchführung zu. Sie erklärten aber gleichzeitig, daß, wenn der Magistrat die Maßnahme nicht durchführe, ihm sämtliche Wohlfahrtszuschüsse vom Staat gesperrt werden.

Dementsprechend machte der Magistrat das Angebot, daß der Lohnabbau in drei Etappen und zwar am 1. Oktober, 1. November und 1. Dezember je 2 Pfg. pro Stunde in Abzug gebracht werde.  
Die Diskussion war äußerst lebhaft. Ohne Ausnahme sprachen sich alle Redner, auch mehrere SPD-Funktionäre, mit aller Schärfe gegen jeglichen Lohnabbau aus und forderten den Kampf. Der SPD-Kollege Gärtner erklärte ausdrücklich, daß sich die Gewerkschaft trotz der aufgegebenen Friedenspflicht nicht hindern lassen dürfe, ihre Pflicht gegenüber den Arbeitern zu erfüllen und die städtischen Arbeiter zum Kampf gegen den Lohnraub zu führen.

In längeren Ausführungen übte unser Genosse Schwarz eine scharfe Kritik an der ganzen falschen Grundeinstellung und Taktik der Gewerkschaften in den letzten Jahren. Durch ihre Staatsbejahung, ihre bedingungslose Anerkennung des Schlichtungswesens wichen sie jedem Kampf aus, ja tolerierten noch den staatlich verhängten Lohnabbau. Es müsse ein vollkommener Kurswechsel in den Gewerkschaften eintreten. Nur so wären die Interessen der Arbeiter noch zu verteidigen und die Gewerkschaften vor dem Untergang zu retten. Dementsprechend wäre es Pflicht aller, besonders der städtischen Arbeiter, ihre organisierte Macht in den Gewerkschaften zu erhalten, bzw. in die Gewerkschaft einzutreten und sie zu verteidigen.

Aus der Versammlung heraus wurde eine Resolution im Sinne der Ausführungen der Genossen Schwarz eingebracht, doch der Kollege Blank verstand es in seinem Schlusswort und in der daran anschließenden Ab-

### Ungarn hat eine neue Regierung

Budapest, 1. Oktober.  
WTB. Der neu ernannte Ministerpräsident Julius Gömbös teilte heute abend mit, daß sich die neue Regierung folgendermaßen konstituiert hat:  
Ministerpräsident und Honvetminister Gömbös, Minister des Äußern Puky, bisher Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Finanzminister Imrédy, Kultus- und

### Der Monatsanfang

ist die günstigste Gelegenheit, die SAZ zu abonnieren. Bestellungen nehmen alle unsere Kolporteurs, die Funktionäre der SAP sowie der Verlag der SAZ, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, entgegen.

Unterrichtminister Homan, Justizminister Lazar, Minister des Innern Keresztes-Fischer, Ackerbauminister Kallay, Handelsminister Fabinyi.

Gömbös ist ein ausgesprochener Faschist und persönlicher Vertrauensmann Hortyhys.

### Die starken Männer

Die Regierung des Freistaates Anhalt, die bekanntlich von Nationalsozialisten geführt wird, hatte dieser Tage mitteilen lassen, daß in Anhalt der Geburtstag des Reichspräsidenten nicht offiziell gefeiert werde. Die Reichsregierung erklärte daraufhin, daß ihr Vorschlag einer Feier des 2. Oktober nur eine Anregung gewesen sei und daß sie daher gegenüber der Regierung von Anhalt keinerlei Druck ausüben werde. Trotz dieser beruhigenden Versicherung gibt heute die anhaltische Regierung bekannt, daß sie, um Weiterungen und Auswirkungen zumunsten des Landes zu verhüten, sich entschlossen habe, dem Wunsche der Reichsregierung, am Geburtstage des Reichspräsidenten zu flaggen und Schulfestern zu veranstalten, Rechnung zu tragen. Die starken Männer der NSDAP sind also wieder einmal sehr schnell umgefallen.

### Kleine Nachrichten

Weimar, 30. September.  
Die in Altenburg erscheinende sozialdemokratische Ostthüringer Volkszeitung ist für die Zeit vom 30. September bis 3. Oktober einschließlich verboten worden.

Berlin. In Neukölln gerieten ein Nationalsozialist und ein Kommunist in einen heftigen Streit. Der Nationalsozialist gab fünf Schüsse ab, die seinen Gegner und einen unbeteiligten Straßenpassanten schwer verletzten.

### Geschäftliches

Das bekannte Kaufhaus Tietz in der Ohlauer Straße, steht wieder im Zeichen außergewöhnlicher Angebote. Unter der Devise „Herbstangebote für jedermann“, bringt die Firma hervorragend billige Ober- und Unterkleidung, Haus- und Küchenwäsche, Putz- und Modewaren, Teppiche und Gardinen zum Verkauf. Diese Angebote sind wirklich für breitere Käuferschichten bestimmt und tritt bei der Preisstellung deutlich zutage, daß sich dieses beliebte Kaufhaus Mühe gibt, dem geschwächerten Einkommen weitester Kreise Rechnung zu tragen. In der heutigen Nummer legt dieses Kaufhaus ein bereites Zeugnis seiner hervorragenden Leitungsfähigkeit ab. Jeder, dem an einem vorzüglichen Einkauf für Herbst und Winter liegt, soll diese Angebote studieren. Ein Herbstkauf bei Tietz ist jedem zu empfehlen.

Das bringt

5%

Höbischer Spangenschuh, schwarz, Vorkaufpreis mit besonderer Gonnitur und Trittschutz

Tack

Breslau Ohlauer Straße 15 • Tel. 56166  
Rosenstraße 47-48 • Tel. 27420

# Schicksalsstunde der Gewerkschaften

Von J. Walcher

„Die Gewerkschaften können, wie alle Kampforganisationen des Proletariats, sich selbst nicht auf die Dauer anders erhalten als gerade im Kampf, und zwar nicht im Sinne allein des Froschmüsenkrieges in den stehenden Gewässern der bürgerlich-parlamentarischen Periode, sondern im Sinne heftiger revolutionärer Perioden des Klassenkampfes.“

(Rosa Luxemburg in „Massenstreik, Partei u. Gewerkschaft“.)

Solange sich der Kapitalismus im Aufstieg befindet, bestanden für die Gewerkschaften die Voraussetzungen für eine günstigere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Schon vor dem Weltkrieg ist offenbar geworden, daß sich diese Periode ihrem Ende zuneigte und daß der gewerkschaftliche Kampf auf wachsende Schwierigkeiten und hier und dort, vor allem in der Schwerindustrie, auch bereits auf Hindernisse stieß, die nur im politischen Kampf zu beseitigen waren.

Nunmehr ist die Lage so geworden, daß sich alle Widersprüche des kapitalistischen Systems voll entfalten und daß sich dieses nur noch durch eine unausgesetzte verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Klasse behaupten kann.

## Massenstreik

„Der Massenstreik, wie ihn uns die russische Revolution zeigt, ist eine so wandelbare Erscheinung, daß er alle Phasen des politischen und ökonomischen Kampfes, alle Stadien und Momente der Revolution in sich spiegelt. Seine Anwendbarkeit, seine Wirkungskraft, seine Entstehungsmomente ändern sich fortwährend. Er eröffnet plötzlich neue, weite Perspektiven der Revolution, wo sie bereits in einen Engpaß geraten schien, und er versagt, wo man auf ihn mit voller Sicherheit glaubt rechnen zu können. Er flutet bald wie eine breite Meereswoge über das ganze Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesenetz dünner Ströme; bald sprudelt er aus dem Untergrunde wie ein frischer Quell, bald versickert er ganz im Boden. Politische und ökonomische Streiks, Massenstreiks und partielle Streiks, Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, Generalstreiks einzelner Branchen und Generalstreiks einzelner Städte, ruhige Lohnkämpfe und Straßenschlachten, Barrikadenkämpfe — alles das läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über; es ist ein ewig bewegliches, wechselndes Meer von Erscheinungen.“

Mit einem Wort: der Massenstreik, wie ihn uns die russische Revolution zeigt, ist nicht ein pfiffiges Mittel, ausgeklügelt zum Zwecke einer kräftigeren Wirkung des proletarischen Kampfes, sondern er ist die Bewegungswelle der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution.“

(Rosa Luxemburg in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaft“.)

Der Niedergang des Kapitals äußert sich vor allem im Vorhandensein einer kolossalen Reservearmee.

Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Uebervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. (Marx, Kapital, Bd. I.)

Während einer Periode, die sich auf viele Jahrzehnte erstreckte, wählten sich die reformistischen Theoretiker und Praktiker hoch erhaben über den revolutionären Marxismus. Nicht zuletzt mit Hilfe der Gewerkschaften war es ihrer Meinung nach gelungen, den wilden Kapitalismus zu zähmen und den Weg zur friedlichen Umgestaltung des Kapitalismus in den Sozialismus frei zu machen.

Geblendet von der mit Hilfe amerikanischer Milliarden ermöglichten Investitionskonjunktur hat Naphthali noch im Jahre 1927 auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress ausgeführt:

„Es ist der Gewerkschaftsbewegung gelungen, einer entscheidenden kapitalistischen Tendenz entgegenzutreten und sie zu überwinden, die Tendenz der Verelendung. Die Tendenz des wachsenden Elends moderne Arbeiterbewegung und insbesondere durch die Gewerkschaftsbewegung überwunden worden. Ich will nicht darüber streiten, wieviel erreicht ist, wie man das Erreichte werten soll, aber die Verelendungstendenzen sind überwunden und der Aufstieg der Arbeiterklasse ist vorhanden, mag man ihn auch für viel zu langsam halten.“

Solche Illusionen sind von der rauhen Wirklichkeit grausam gründlich als absurdum geführt worden. Das Bemerkenswerteste bei der seit 1929 vor sich gehenden ununterbrochenen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist die Tatsache, daß sie bis vor kurzem fast widerstandslos durchgeführt werden konnte. Wiederholt haben hierüber bürgerliche Kreise, u. a. auch der frühere Reichskanzler Brüning, deswegen ihrer Genugtuung bzw. ihrem Erstaunen Ausdruck gegeben. Die „Soziale Praxis“ (Nr. 6 vom 11. 2. 32) äußerte, die Disziplin, mit der die Arbeiterschaft die andauernde Verschlechterung ihrer Lebenslage hinnehme, verdiene Bewunderung und sie fügte ergänzend hinzu, daß sich „als die

besten Garantien dieser Disziplin immer wieder die Gewerkschaften erweisen“. In der Tat haben die reformistischen Gewerkschaftsführer die Arbeiterschaft all die Jahre hindurch an die Kette gelegt in dem kindlichen Glauben, wie er aus folgenden Worten Leiparts spricht:

„Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.“

(Aufruf von Leipart, der gegenwärtig durch die ganze Gewerkschaftspresse geht.)

Die Fortführung der bisherigen Politik ist für die reformistischen Gewerkschaftsführer so gut wie unmöglich geworden. Mit der Papen-Regierung gibt es nichts zu pakieren. Die zieht es vor zu diktieren. Auf der anderen Seite geht die Hubschrauber der Arbeiterschaft zu Ende. Die Arbeiter wollen in steigender Zahl endlich Schluss machen mit dem Lohnraub. Sie erwarten dabei von ihren Gewerkschaften Hilfe und Beistand. Ein weiteres Ausweichen, jede weitere Tolerierung des Lohnraubs müßte unter diesen Umständen von katastrophalen Folgen sein, sowohl für die Lage der Arbeiterschaft wie auch für den Bestand der Gewerkschaften.

Ganz ahnungslos ist man auch im reformistischen Lager über die handgreiflichen Gefahren nicht mehr. Auch dort beginnt der eine oder andere zu begreifen, daß die Gewerkschaften nur kämpfend die Interessen ihrer Mitglieder wahren und die Grundlagen ihrer Existenz sichern können. Im „Vorwärts“ war kürzlich zu lesen, daß die Gewerkschaften durch die Kämpfe zwischen Belegschaft und Betrieb groß geworden seien. Wenn die Gewerkschaften nunmehr durch die Reichsregierung gezwungen seien, den Kampfboden der Vorkriegszeit wieder zu beziehen, so werde das für die freie Gewerkschaftsbewegung bestimmt genau so nützlich sein, wie in der Zeit vor 1914. Insoweit dieses Bekenntnis in den gegenwärtigen zahlreichen Einzelstreiks ihren Niederschlag findet, nehmen wir davon mit Genugtuung Kenntnis. Mit noch größerer Genugtuung registrieren wir, daß die meisten Streiks in

den letzten Tagen und Wochen erfolgreich verlaufen sind.

„Auffallend ist, daß die Mehrzahl der Bewegungen mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter enden, obwohl doch der Krisendruck auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen recht geringe Chancen für erfolgreiche Streiks bieten dürfte. Fast alle Streiks währten nicht länger als 1—2 Tage und sehr oft genügte die Androhung der Arbeitsniederlegung, um die geplanten Lohnherabsetzungen aufzuheben.“

Das „Berliner Tageblatt“, dem wir die zitierten Sätze entnehmen, sucht den Erfolg der Streikenden aus dem relativ günstigen Auftragsbestand der bestreikten Betriebe zu erklären. Dieser Umstand spielt gewiss eine Rolle, jedoch weit wichtiger ist die Tatsache, daß die Einzelstreiks der letzten Zeit von den Gewerkschaften unterstützt und geführt werden. Hier zeigt sich wieder einmal die Macht der Gewerkschaften, woraus sich freilich in negativer Hinsicht auch ergibt, mit welcher riesiger Schuld die bisherige reibungslose Hinnahme des Lohnraubs die reformistische Führung der Gewerkschaften belastet.

Die RGO-Strategen machen den grundlegenden Fehler, die ausschlaggebende Bedeutung, die den Gewerkschaften im Guten wie im Bösen zukommt, außer Acht zu lassen. Nachgerade sollte man auch in diesen Kreisen einsehen, daß die Versuche, ohne und gegen die Gewerkschaften die wirtschaftlichen Kämpfe zu führen, in der Regel mit einem Fiasko enden und daß es vielmehr gilt, alle Anstrengungen zu machen, um die Gewerkschaften zu revolutionieren und den lähmenden Einfluß der Reformisten zu brechen. Die überaus schädlichen Folgen der RGO-Taktik haben sich am 20. Juli, wo es galt, einen politischen Kampf in die Wege zu leiten, in voller Klarheit herausgestellt.

Wäre der Einfluß der sozialdemokratischen Führer im Lager des Proletariats gebrochen gewesen, wäre es uns bereits gelungen, die Mehrheit der Arbeiterklasse unter dem Banner und den Losungen der Kommunistischen Partei in den Kampf zu führen, der 20. Juli hätte einen anderen Verlauf genommen, als es sich die faschistischen Machthaber träumen ließen.“

(„Rote Fahne“, 28. Juli 1932.)

Ja, wenn! Wenn der Hund den bekannten Aufenthalt nicht gehabt hätte! — Das ist es ja eben, daß der Einfluß der Reformisten in den Gewerkschaften und in der Arbeiterbewegung trotz allem dank einer katastrophalen falschen Politik der KPD-RGO-Führung noch immer von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Erfahrungen der letzten Wochen sind geeignet, auch den kommunistischen Arbeitern die Wahrheit einzuhammern, daß es weit-

gehend von der Haltung der Gewerkschaften abhängig ist, ob die Arbeiterschaft imstande ist, sich mit Erfolg gegen die Kapitalangriffe zu wehren, und daß daher die revolutionäre Arbeiterschaft bestrebt sein muß, sich in den Gewerkschaften maßgebenden Einfluß zu erlangen.

Wenn wir die führende Rolle der Gewerkschaften hervorheben, so wissen wir uns dabei frei von jeder Ueberschätzung der gegenwärtigen Streikbewegung. Denn erstens ist die Zahl der Streiks und der daran beteiligten Arbeiter noch verhältnismäßig sehr gering und zweitens kann und darf es sich für die Arbeiterschaft nicht nur um einen Kampf gegen die Wirkungen der Notverordnungen handeln, sondern die Gewerkschaften müssen um ihre Aufhebung überhaupt kämpfen. Das aber heißt, daß die Gewerkschaften verpflichtet sind, auf dem politischen Gebiet durch die Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterschaft zu kämpfen.

In der nächsten Woche veröffentlichen wir die Bedingungen zu einem großen Wettbewerb der „SAZ“!

Die Verlegung des Kampffeldes auf die politische Ebene ergibt sich für die Gewerkschaften auch nach aus einem anderen Grunde. Morgen schon kann ihnen die rechtliche Zulässigkeit gewerkschaftlicher Teilstreiks verweigert werden. Was dann? — Man sollte sich auch in den Kreisen des ADGB darüber klar sein, daß jetzt die Schicksalsstunde der Gewerkschaften gekommen ist und daß die kampflöse Hinnahme eines faktischen Streikverbots der Anfang vom Ende der Gewerkschaften wäre.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft muß verstehen, daß ihr eigenes Schicksal und die Existenz ihrer Schutz- und Trutzorganisationen abhängig ist von der Aktivität, Kampfbereitschaft, Zielklarheit, die sie selbst zu entfalten vermag, und vor allem von der Energie, mit der sie es versteht, die reformistischen Gewerkschaftsführer unter den schärfsten Massendruck zu setzen. Es gilt, durch den Druck von unten in den Gewerkschaften eine solche Lage zu schaffen, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer gezwungen sind, dem dringenden Kampfwillen der Gewerkschaftsmitglieder Rechnung zu tragen, wenn sie nicht wollen, daß die Massen über sie hinwegschreiten. Diesen Druck zu erzeugen, das ist heute die Aufgabe, die es in Betrieb und Gewerkschaft zu lösen gilt. Zu ihrer Lösung sind vor allem unsere Parteigenossen und die mit uns Sympathisierenden berufen.

## Meine letzte Unterhaltung mit Rosa

Von Kurt Rosenfeld

Es war am 3. Januar 1919.

Die Unabhängigen waren bereits aus der Reichsregierung ausgetreten. Die revolutionären Sozialisten hatten erkannt, daß sie mit den Reformisten vom Schlage Ebert-Scheidemann nicht zusammen regieren konnten. Auch im Preußenkabinett tat sich dieselbe Kluft auf. Wir Unabhängigen hatten gerade unseren Rücktritt von den preußischen Ministerämtern erklärt, ich selbst war eben im Begriff, das Justizministerium zu verlassen, da klingelte das Telefon, das erst auf meine Veranlassung im Ministerzimmer angebracht worden war — meine sämtlichen Vorgänger waren ohne Telefon ausgekommen — und Rosa meldete sich.

Ich hatte lange von ihr direkt nichts mehr gehört. Nur ihre freundlich-satirischen Bemerkungen in der „Roten Fahne“ über meine ministerielle Tätigkeit — ich erinnere mich gern eines Artikels von ihr über „Das geflickte Dach des Herrn Justizministers“ — hatten wir im November und Dezember 1918 öfters bewiesen, daß ihre Freundschaft zu mir nicht erkaltet war.

Was wollte Rosa von mir? Sie bat mich, schleunigst eine justizministerielle Verfügung zu erlassen.

Ich erwiderte, daß ich gerade im Begriff sei, meine sieben Sachen zu packen und das Ministerium zu verlassen.

Rosa: Das trifft sich ja gut, daß Sie noch im Amt sind.

Ich: Jetzt ist es zu spät.

Rosa: Da können Sie noch schnell etwas für die Gefängnisbeamten tun.

Ich: Was denn?

Rosa: Sie müssen anordnen, daß diese Beamten längere Ruhezeit haben, daß ihnen Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen sie sich in kurzen Freistunden aufhalten können usw. usw. — mindestens 10 verschiedene Maßnahmen, die alle den Zweck verfolgen sollten, die Strafvollzugsbeamten zu schützen und damit auch den Gefangenen ihr Los zu erleichtern.

Das waren Rosas Sorgen Anfang Januar 1919. Im Begriff, in ihren letzten Kampf zu gehen, fand sie noch Zeit und Gedanken, sich

der Beamtenkategorie anzunehmen, in der sie dank ihrer bestrickenden Persönlichkeit in den vielen Jahren ihrer Haft viel Verständnis und oft geradezu Liebe gefunden hatte.

Dann sprach ich Rosa noch ein Mal während der Spartakuskämpfe. Sie lebte illegal. War abgehetzt und körperlich sehr herunter. Warum sie mich hatte rufen lassen, ich weiß es nicht. Sie wurde zu einer anderen Besprechung abberufen und konnte es nicht mehr sagen. Ein herzliches Abschiedswort, ein warmer Händedruck, wie er Rosa eigen war, und ich sah sie nicht mehr.

Nur noch als Nachlasspfleger konnte ich ihr und denen, die an ihrem literarischen Nachlaß Interesse haben, einen Dienst erweisen, indem es mir gelang, den Neskesorden, die Rosa vernichtet hatten, einige ihrer Aufzeichnungen zu entreißen.

## Ausweg aus der Krise

Die Gemeindevertretung Brockau (Kreis Breslau) hat mit 15 von 25 Stimmen der Gemeindevertreter die Einführung der Katzensteuer beschlossen. Für die erste Katze werden jährlich 15 Mark und für die zweite 25 Mark erhoben. Sollte Papen davon erfahren, so zweifeln wir nicht daran, daß er diese neue Steuer mit in sein Wirtschaftsprogramm aufnimmt.

## Der ehemalige Zar Nikolaus und Gorki

Anläßlich des vierzigjährigen Dichterjubiläums veröffentlicht die russischen Zeitungen einen Brief Nikolaus II. betr. der Wahl Maxim Gorkis zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften, an den damaligen Unterrichtsminister Wonowski. In dem Brief führt der Zar folgendes aus: „Die Nachricht, daß Gorki in die Akademie gewählt wurde, hat auf mich und alle vernünftig denkenden Russen einen geradezu niederschmetternden Eindruck gemacht. Wodurch sich die ehrwürdigen Weisen zu dieser Wahl haben bestimmen lassen, ist unbegreiflich. Weder Gorkis Alter noch seine Werke geben Anlaß, ihm diese Würde zu verleihen. Noch viel ernster ist der Umstand, daß Gorki politisch verdächtig ist und daß ein solcher Mensch in unserer Zeit von der Akademie der Wissenschaften aufgenommen wurde. Ich bin darüber tief empört und gebe Ihnen den Auftrag, in meinem Namen die Wahl Gorkis zu widerrufen. Ich hoffe, damit den Zustand der akademischen Köpfe einigermaßen ernüchert zu haben.“

## Katechismus zum Auswendiglernen

Was ist Philosophie?

Das Suchen nach Wahrheit.

Wie kann Philosophie dann den herrschenden Klassen befreundet sein?

Die herrschenden Klassen bezahlen den Philosophen, damit er nur solche Wahrheiten entdecke, die ihrem Zwecke dienlich sind.

Aber wenn man nun dort unangenehme Wahrheiten entdecken sollte?

Die nennt man Lügen, und dafür bezahlt man die Philosophen nicht.

Was ist Geschichte?

Ein Bericht über die Vergangenheit, dargestellt in einem den herrschenden Klassen günstigen Sinn.

Aber wenn der Sinn doch ungünstig sein sollte?

Dann ist das ein Skandal.

Was ist ein Skandal?

Alles, was die herrschenden Klassen beleidigt.

Was ist Aesthetik?

Die Kunst, Werke der Kunst zu loben oder herabzusetzen.

Welche Werke der Kunst müssen denn gelobt werden?

Diejenigen, welche den herrschenden Klassen schmeicheln. Deswegen sind Raphael und Michelangelo die berühmtesten Künstler, denn sie haben den religiösen Lügen der herrschenden Klassen geschmeichelt. Shakespeare verherrlichte Könige und Goethe verherrlichte sich selbst, den Schreiber für die herrschenden Klassen.

Noch wie steht es mit den anderen Werken der Kunst?

Andere Werke darf es nicht geben.

August Strindberg.

# Aus der Entstehungsgeschichte der SAP

## Von Ernst Eckstein

Die Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung hatte nicht dazu geführt, daß die einzelnen Parteien des Proletariats nach ihrer Ideologie streng getrennte Mitgliederschichten hatten. So hatte insbesondere die Sozialdemokratische Partei, auch nachdem sich die USP gebildet hatte, nachdem aus dem Spartakusbund die Kommunistische Partei geworden war und nachdem in Nürnberg die Wiedervereinigung mit den Resten der USP vollzogen war, im Grunde stets zwei von einander völlig geschiedene Parteien in sich. Die Parteivorstandsmehrheit, die immer stärker sozialistisch geworden war und die im republikanischen Staate die Grundlage sah, auf der man eine kleinbürgerlich reformistische Arbeiterpolitik machen könne — und daneben eine revolutionäre Minderheit, die in ihren Gedankengängen von Rosa Luxemburg und Lenin entscheidend beeinflusst war. Von Parteitag zu Parteitag waren die Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratischen Partei schärfer geworden. Seit dem Beginn der Brüning'schen Tolerierungspolitik hatten sie unerträgliche Formen angenommen.

Die unter dem geistigen Einfluß des 1930 gestorbenen unvergesslichen Paul Levi und der organisatorischen Leitung von Max Seydewitz stehende Minderheit hatte sich zunächst schon 1927 im „Klassenkampf“ das wissenschaftliche Organ für die Vertretung ihrer Anschauungen geschaffen. Im Jahre 1930 entstand dann die Reihe der „Roten Bücher“, die dazu diente, die im „Klassenkampf“ vertretenen Ansichten wissenschaftlich noch mehr zu vertiefen und für sie eine umfassende Propaganda zu machen.

Die Tolerierungspolitik hatte die absurdsten politischen Konsequenzen. Ein Lohnabbau nach dem anderen, ein Untertützungseraub nach dem anderen, ein Panzerkreuzerbau nach dem anderen, all das wurde von der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion toleriert. Die Minderheit wurde mundtot gemacht. Viele, wenn nicht die meisten der ehemaligen Linken, gingen in der Angst, die Konsequenzen ihrer bisherigen politischen Auffassung ziehen zu müssen, mit fliegenden Fahnen zur herrschenden Richtung über.

Die Massen rebellierten gegen die Parteiführung. In den parteivorstandsmehrsten Organisationen gab es heftige Auseinandersetzungen. Stürmisch wurde eine Aenderung des Kurses verlangt, während es immer klarer wurde, daß die Wels und Breitscheid als Gefangene ihrer eigenen Politik gar nicht mehr imstande waren, den Kurs noch zu ändern.

Ein Mahnruf, den die Herausgeber des „Klassenkampf“ bereits im Juni 1931 an den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion gerichtet hatten, führte zur Androhung disziplinarischer Maßnahmen. Inzwischen bereiteten Seydewitz und seine Freunde die Herausgabe einer Wochenzeitung vor, die dann am 1. September 1931 unter dem Titel „Die Fackel“ erschien. Sie fand reißenden Absatz. Von Nummer zu Nummer mußten mindestens 10 000 Exemplare mehr gedruckt werden. Ende September, kurz vor der Gründung der SAP, erschienen sie bereits in einer Auflage von knapp 50 000.

Jetzt griff der Vorstand der SPD zu. Er verlangte in der Parteiausschuß-Sitzung vom 22. September von Seydewitz und Rosenfeld, den Herausgebern der „Fackel“, daß diese Wochenzeitung eingestellt würde und die „Roten Bücher“ nicht mehr erschienen. Er wollte, daß die ganze revolutionäre Gruppe der Sozialdemokratie Kotau mache, damit ihr das Rückgrat gebrochen würde.

Am 21. September waren einige der führenden Genossen des linken Flügels in Berlin zusammengekommen, um über die Situation der deutschen Arbeiterbewegung zu beraten. Teilnehmer dieser Sitzung waren: Seydewitz, Rosenfeld, Kleinibst, Portune, Stroebel, Oettinghaus, Ziegler, Eckstein. Man wurde sich klar, daß man nicht zu Kreuze kriechen dürfe. Massenhaft waren bereits, insbesondere im Westen Deutschlands, oppositionelle Genossen von den Bürokraten aus der Partei herausgedrängt worden. Gab man nach, dann behielt man zwar die Parteizugehörigkeit, verlor aber in der Partei jede Möglichkeit des politischen Wirkens.

Alle Teilnehmer dieser Sitzung (mit Einschluß von Oettinghaus) wurden also einig, nicht nachzugeben. Sollte vom Parteiausschuß der Ausschluß von Seydewitz und Rosenfeld verfügt werden, so wollte man sich mit ihnen solidarisieren. In der nächsten Nummer der „Fackel“, deren Verbot durch den Parteivorstand man erwartete, sollten Artikel aller Sitzungsteilnehmer erscheinen, um den Parteivorstand zu zwingen, eventuell nicht nur Seydewitz und Rosenfeld, sondern alle prominenten Linken auszuschließen.

Die nächste Nummer der „Fackel“ brachte eine Solidaritäts-Erklärung der Genossen für Seydewitz und Rosenfeld und brachte die Artikel. Inzwischen bemühte man sich um Beilegung des Konfliktes. Die sächsische Organisation sandte Deputationen nach Berlin, um die Bürokraten in der Lindenstraße zur Vernunft zu bringen. Von der Breslauer Organisation wurde telegrammlich sicherhaft ver-

handelt, um den Parteivorstand zur Zurücknahme seiner Gewaltmaßnahmen zu bewegen. Das war vergeblich. Am Vormittage des 29. September wurden Seydewitz und Rosenfeld endgültig vom Parteivorstand ausgeschlossen. Am Abend desselben Tages — einem Dienstag — fand eine große Kundgebung der Sozialistischen Arbeiterjugend in Breslau statt. Hier wurde

eine Solidaritätskundgebung für Seydewitz und Rosenfeld beschlossen. Das hatte zur Folge, daß die Bezirkssekretäre der SPD in Breslau am nächsten Tage den Breslauer Vorstand mit Eckstein an der Spitze und den Parteisekretär Pausch ihrer Ämter für entbunden erklärten. Der Vorstand antwortete mit nachstehendem Flugblatt an alle Parteigenossen:

### Genossinnen! Genossen!

Die „Volkswacht“ hat am Mittwoch mitgeteilt, daß „der Ortsvorstand Breslau mit sofortiger Wirkung seiner Ämter enthoben werde“. Ebenso sei „der bisherige Sekretär Genosse Rausch seines Amtes enthoben“. Dieser Gewaltstreich ist von den Bezirkssekretären ohne Recht auf eigene Faust vorgenommen worden. Sie haben damit die Partei gespalten. Demgegenüber teilt der Vorstand, der sein Geschäft weiterführt, wie hiermit festgestellt wird, folgendes mit: Die ordnungsgemäß einberufene

## Funktionär- und Vertreter-Versammlung findet Freitag, den 2. Okt., 19.30 Uhr in Schießwerder statt

Alle Funktionäre, Vertreter und auch alle anderen Parteimitglieder sind hierzu eingeladen. Die Parteimitgliedsbücher sind nicht abzugeben, sondern zu behalten. Der als Staatskommissar eingesetzte Genosse Bretthorst hat kein Recht, eine Sitzung des erweiterten Vorstandes einzuberufen. Wer für den bisherigen Vorstand der Parteiorganisation ist, nimmt an dieser Versammlung nicht teil. Der erweiterte Vorstand wird von dem Unterzeichneten Anfang nächster Woche einberufen werden.

Am Sonnabend, den 3. Oktober, 20 Uhr, findet eine gemeinsame Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und der Arbeitsgemeinschaft junger Sozialisten im „Proleton“ statt.

### Die „Volkswacht“ ist nicht mehr das Publikations-Organ der Parteiorganisation

Alle Mitteilungen der Organisation erfolgen bis zur Gründung einer neuen Zeitung, die bereits nächste Woche erfolgen wird, durch besondere Flugzettel. Alle Meldungen der „Volkswacht“ sind reine Tendenzmeldungen. Es ist ihnen nicht zu glauben. Anfang nächster Woche spätestens wird auch bereits das neue Sekretariat seine Arbeit aufnehmen. Jeder Verkehr mit dem Parteisekretariat im Gewerkschaftshaus wird abgebrochen.

Der geschäftsführende Vorstand. Eckstein

Die dort angekündigte Vertreter- und Funktionärerversammlung fand statt. Zwar hatte die Bürokratie den Saal des Schießwerder abgetrieben und durch Polizei geschützt lassen. Inzwischen war aber von Eckstein der Saal des Bergkeller, der ja ganz in der Nähe liegt, gemietet worden. In den Straßen zwischen Schießwerder und Bergkeller waren überall Transparentträger aufgestellt, die den

Genossen den Weg vom Schießwerder nach dem Bergkeller wiesen. Saal und Garten des Bergkeller waren überfüllt. Seydewitz referierte. In dieser Versammlung, die von schätzungsweise 3000 Menschen besucht war, wurde die Ausrufung der Sozialistischen Arbeiter-Partei beschlossen und folgendes Extrablatt am nächsten Morgen in den Straßen Breslaus verbreitet:

Breslau, den 3. Oktober 1931, 6.30 Uhr

Preis 10 Pf.

# Extrablatt!

Sonderausgabe der Sozialistischen Wochenzeitung *Die Fackel*

## Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands ausgerufen!

Die Breslauer Parteiorganisation der SPD hatte eine Vertreter- und Funktionärerversammlung nach dem „Schießwerder“ auf Freitagabend einberufen. Dieser Saal ist von Genossen von der Parteibürokratie abgetrieben worden. Dort kam keine Versammlung zustande. Zur selben Zeit fand die von Eckstein und Ziegler einberufene Versammlung in Saal und Garten des „Bergkellers“ statt. Mehr als 3000 Sozialdemokraten, darunter viele aus der Provinz, waren anwesend. Tausende fanden keinen Einlaß. Sendewitz, von stürmischem Beifall begrüßt, referierte. Er forderte Abkehr von der Zusammenarbeit mit dem Bürgertum, Abgabe von der Tolerierungspolitik, sozialistische Politik voll aktiven Willens.

Auf Antrag des Vorsitzenden Eckstein wurde schließlich unter jubelndem Beifall mit etwa 3000 gegen 4 Stimmen folgende Entschließung angenommen: Der Parteivorstand hat die Sozialdemokratische Partei gespalten. Er hat die Genossen Seydewitz und Rosenfeld deswegen aus der Partei ausgeschlossen, weil sie Träger des sozialistisch-revolutionären Willens der deutschen

Arbeiterklasse und Führer des Kampfes gegen die Tolerierungspolitik sind. Die mittelständischen Bezirkssekretäre haben unter Bruch jeden Parteibundes den Breslauer Vorstand abgesetzt und die Genossen Eckstein und Ziegler aus der Partei ausgeschlossen.

Die versammelten Vertreter, Funktionäre und Parteimitglieder der Organisation Groß-Breslau stellen daher fest:

Die Parteiorganisation Breslau erklärt sich mit ihren Führern solidarisch und betrachtet sich als aus der SPD ausgeschlossen. Die bisherigen Parteigenossen und das ganze deutsche Proletariat werden zur Bildung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands aufgefordert. Mit ihr soll nicht neue Spaltung in die deutsche Arbeiterklasse getragen werden, die neue Partei soll vielmehr alle diejenigen Angehörigen des Proletariats und der proletarischen Schichten des Mittelstandes in ihren Reihen sammeln, die gewillt sind, fern von jeder Parteilichkeit die durch die Wirtschaftskrise immer mehr ausgebeuteten und Unterdrückten in einer Partei sozialistischen und revolutionären Willens zu sammeln.

Damit war der entscheidende Schritt getan. Ähnliche Vorgänge spielten sich inzwischen in Sachsen ab. Seydewitz

und Rosenfeld berieten auf Sonntag, den 4. Oktober die Gründungskonferenz der SAP nach Berlin ein. Sie fand unter

dem großen Jubel besonders der Sozialistischen Arbeiter-Jugend statt, die zum wesentlichen Teil zur neuen Partei stieß.

Manche Hoffnungen, die wir bei der Gründung hatten, sind nicht in Erfüllung gegangen. Mancher organisatorische Erfolg, den wir uns erträumten, ist nicht erreicht worden. Wir haben aber in diesem ersten Jahr das wahrzumachen versucht, was wir in der Geburtsstunde der SAP versprochen haben. Wir haben uns um die revolutionäre Erneuerung des deutschen Proletariats bemüht. Wo die Arbeiterklasse in Deutschland gekämpft hat, haben die SAP-Genossen opferwillig und mutig an der Spitze gestanden. In der SAP ist zwar bis heute keine Massenpartei, aber ein Kader überzeugungstreuer, mutiger revolutionärer Sozialisten entstanden, das zur entscheidenden Rolle bei den Entschheidungskämpfen der deutschen Arbeiterklasse bestimmt ist.

## Ein Jahr SAP Buzslau

Gleichzeitig mit der Gesamtpartei kann auch die Ortsgruppe Buzslau in diesen Tagen auf ein einjähriges Bestehen zurückblicken. Es war ein Jahr erfolgreicher Aufbauarbeit und intensiver Schulung, beachtenswerter Aktivität und öffentlicher Tätigkeit.

Wie an vielen anderen Orten verdankt die Ortsgruppe ihre Entstehung nicht zuletzt der Parteibürokratie und Apparatdiktatur der SPD! Auch Buzslau hatte eine ganze Reihe trüber Erfahrungen machen müssen mit der übergeordneten SPD-Apparatur in Görlitz, wir erinnern uns noch heute der zahlreichen schweren Zusammenstöße mit dem Bezirksvorstand. Die Kämpfe, die damals die SPD-Ortsgruppe unter starker Beeinflussung durch den linken (Seydewitz-) Flügel in manchen örtlichen Fragen mit dem Bezirksvorstand durchzuführen hatte, bereiteten ideologisch den Boden für uns vor, stärkten die Linke in der SPD, die dann auch erzwang, daß schon in der kritischen Zeit Gen. Seydewitz hier sprechen konnte und damit in der Buzslauer Parteigenossenschaft bekannt wurde und Sympathien gewann.

Dazu kam, daß ein großer Teil der Mitgliedschaft die politische Linie der Linken (Seydewitz-Rosenfeld) einhielt, insbesondere ging die Jugend mit den aktivsten Funktionären mit.

Als der Ausschluß der „Fackel“-Gruppe erfolgte, erklärten sich einige Genossen sofort solidarisch. Im Verlauf der Auseinandersetzungen kam es dann dazu, daß sich in den ersten Oktobertagen etwa ein Dutzend Genossen, insbesondere aus der SAJ, von der SPD trennte und die SAP begründete. Wie ein Signal wirkte dieser Schritt. In großer Zahl kamen die von der Politik der SPD enttäuschten Genossen, veranlaßt insbesondere durch die örtlichen Erfahrungen, zur SAP. Es setzte eine starke Beitrittsbewegung ein, sodaß die Mitgliederversammlung der jungen SAP schon mit der dritten Sitzung in den kleinen Saal des Volkshauses verlegt werden mußte. Auch aus dem benachbarten Tilledorf stießen eine Reihe wackerer Genossen und alte SPD-Funktionäre zu uns.

Gleichzeitig formierte sich der Schutzbund, der beim Nazisturm aufs Volkshaus vor einigen Wochen den ersten großen Befähigungsnachweis erbringen konnte.

Mit Begeisterung gingen die Genossen an die Aufbauarbeit, warben neue Freunde. Heute steht eine gute, in sich gefestigte Ortsgruppe da mit guten opferbereiten Funktionären. Die stürmische Aufwärtsbewegung der ersten Zeit hat natürlich nicht angehalten, jetzt steht ein festgeschlossener Kreis von Genossen da, der weiß, daß es nicht auf parlamentarische Illusionen ankommt, sondern auf die revolutionäre Schulung und auf die Verbreitung der Idee, die sich in jeder Situation bisher als richtig erwiesen hat. Heute sind wir dabei, nach den organisatorischen Erfahrungen des ersten Jahres, die Arbeit umzustellen und zu verbessern.

Wir haben an Zahl der eingeschriebenen Mitglieder die KPD überholt. Unsere Presse hat überall Zustimmung und Anerkennung gefunden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist jedes Mitglied Leser eines Parteiorgans. Das soll uns die SPD einmal nachmachen!

Es hat keinen Wert, alle Daten unserer öffentlichen Versammlungsarbeit zu registrieren.

Unsere Aufgabe steht für das zweite Jahr unseres Bestehens klar vor uns: Revolutionierung der Arbeiterbewegung, unentwegter Kampf für die proletarische Einheitsfront, Kampf gegen reformistische Illusionen!

Wenn uns auch die „Volksstimme“ schon ein paar mal begraben oder auf den „politischen Schutthaufen“ geworfen hat: wir leben und kämpfen weiter für das Proletariat, für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die Revolution! Genossen, auf ins neue Kampfsjahr!

Kampfbreit!

# Die Proletarierfrau und die Ehe

Friedrich Engels

In dieser Zeit, in der lauter und andringlicher denn je das Bürgertum durch den Mund der Geistlichkeit die Heiligkeit der Ehe, wie sie sie verachtet, proklamieren läßt, erscheinen die tiefschürfenden Arbeiten Friedrich Engels, als wären sie aus dem Tageskampf der Gegenwart geboren. Darin bringen wir anschließend einige besonders wesentlich erscheinende Abschnitte aus seinem Werk: „Der Ursprung des Privateigentums, der Familie und des Staates.“

Die bürgerliche Eheschließung unserer Tage ist doppelter Art. In katholischen Ländern besorgen nach wie vor die Eltern dem jungen Bürgersohn eine angemessene Frau, und die Folge davon ist natürlich die vollste Entfaltung des in der Monogamie<sup>1)</sup> enthaltenen Widerspruchs: üppiger Hetärismus<sup>2)</sup> auf Seiten des Mannes, üppiger Ehebruch auf Seiten der Frau. Die katholische Kirche hat wohl auch nur deswegen die Ehescheidung abgeschafft, weil sie sich überzeugt hatte, daß gegen den Ehebruch wie gegen den Tod kein Krütlein gewachsen ist. In protestantischen Ländern dagegen ist es Regel, daß dem Bürgersohn erlaubt wird, sich aus seiner Klasse eine Frau mit größerer oder geringerer Freiheit auszusuchen, wonach ein gewisser Grad von Liebe der Eheschließung zu Grunde liegen kann und auch anstandshalber stets vorausgesetzt wird, was der protestantischen Heuchelei entspricht. Hier wird der Hetärismus des Mannes schlättriger betrieben und der Ehebruch der Frau ist weniger Regel. Da aber in jeder Art Ehe die Menschen bleiben, was sie vor der Ehe waren, und die Bürger protestantischer Länder meist Philister sind, so bringt es diese protestantische Monogamie im Durchschnitt der besten Fälle nur zur ehelichen Gemeinschaft einer bleiernen Langeweile, die man mit dem Namen Familienglück bezeichnet.

In beiden Fällen aber wird die Heirat bedingt durch die Klassenlage der Beteiligten und ist insofern stets Konvenienzehe<sup>3)</sup>. Diese Konvenienzehe schlägt in beiden Fällen oft genug um in krasseste Prostitution — manchmal beider Teile, weit gewöhnlicher der Frau, die sich von der gewöhnlichen Kurtisane nur dadurch unterscheidet, daß sie ihren Leib nicht als Lohnarbeiterin zur Stückarbeit vermietet, sondern ihn ein für alle mal in die Sklaverei verkauft. Und von allen Konvenienzehen gilt Fouriers Wort:

„Wie in der Grammatik zwei Vernetzungen eine Bejahung ausmachen, so gelten in der Heiratsmoral zwei Prostitutionen für eine Tugend.“ Wirkliche Regel im Verhältnis zur Frau wird die Geschlechtsliebe und kann es nur werden unter den unterdrückten Klassen, also heutzutage im Proletariat — ob dieses Verhältnis nun ein offiziell konzessioniertes oder nicht. Hier sind aber auch alle Grundlagen der klassischen Monogamie besetzt. Hier fehlt alles Eigentum, zu dessen Bewahrung und Vererbung ja gerade die Monogamie und die Männerherrschaft geschaffen wurden, und hier fehlt damit auch jeder Antriebe, die Männerherrschaft geltend zu machen. Noch mehr, auch die Mittel fehlen; das bürgerliche Recht, das diese Herrschaft schützt, besteht nur für die Besitzenden und deren Verkehr mit den Proletariern; es kostet Geld und hat deshalb armuthalber keine Geltung für die Stellung des Arbeiters zu seiner Frau. Da entscheiden ganz andere persönliche und gesellschaftliche Verhältnisse. Und vollends seitdem die große Industrie die Frau aus dem Hause auf den Arbeitsmarkt und in die Fabrik versetzt hat und sie oft genug zur Ernährerin der Familie macht, ist dem letzten Rest der Männerherrschaft in der Proletarierwohnung aller Boden entzogen — es sei denn etwa noch ein Stück der seit Einführung der Monogamie eingerissenen Brutalität gegen Frauen. So ist die Familie des Proletariats keine monogamische im strengen Sinne mehr, selbst bei der leidenschaftlichen Liebe und festesten Treue beider und trotz aller etwaigen geistlichen und weltlichen Einsegnung. Daher spielen auch die ewigen Begleiter der Monogamie, Hetärismus und Ehebruch, hier nur eine fast verschwindende Rolle; die Frau hat das Recht der Ehetrennung tatsächlich wieder erhalten, und wenn man sich nicht vertragen kann, geht man lieber auseinander. Kurz, die Proletarierhe ist monogam im etymologischen<sup>4)</sup> Sinn des Wortes, aber durchaus nicht in einem historischen Sinn.

Unsere Juristen finden allerdings, daß der Fortschritt der Gesetzgebung den Frauen in steigendem Maß jeden Grund zur Klage entzieht. Die modernen zivilisierten Gesetzssysteme erkennen mehr und mehr an, erstens, daß die Ehe, um gültig zu sein, ein von beiden Teilen freiwillig eingegangener Vertrag sein muß, und zweitens, daß auch während der Ehe beide Teile einander mit gleichen Rechten und Pflichten gegenüber stehen sollen. Seien diese beiden Forderungen aber konsequent durchgeführt, so hätten die Frauen alles, was sie verlangen können.

Diese echt juristische Argumentation ist genau die selbe, womit der radikale republikanische Bourgeois den Proletarier ab und zur Ruhe verweist. Der Arbeitsvertrag soll ein von beiden Teilenteilen

willig eingegangener sein. Aber es gilt als für freiwillig eingegangen, sobald das Gesetz beide Teile auf dem Papier gleichstellt. Die Macht, die die verschiedene Klassenstellung dem einen Teil gibt, der Druck, den sie auf den anderen Teil ausübt — die wirkliche ökonomische Stellung sein, sofern nicht einer oder der andere ausdrücklich verzichtet hat. Daß die ökonomische Sachlage den Arbeiter zwingt, sogar auf den letzten Schein von Gleichberechtigung zu verzichten, dafür kann das Gesetz wiederum nichts.

Mit Bezug auf die Ehe ist das Gesetz selbst das fortgeschrittenste, vollauf befriedigt, sobald die Beteiligten ihre Freiwilligkeit formell zu Protokoll gegeben haben. Was hinter den juristischen Kulissen vorgeht, wo sich das wirkliche Leben abspielt, wie diese Freiwilligkeit zustande kommt, darum kann sich das Gesetz und der Jurist nicht kümmern. Und doch sollte hier die einfache Rechtsvergleichung dem Juristen zeigen, was es mit dieser Freiwilligkeit auf sich hat. In den Ländern, wo den Kindern ein Pflichtanteil am elterlichen Vermögen gesetzlich gesichert ist, wo sie also nicht enterbt werden können — in Deutschland, in den Ländern französischen Rechts usw. — sind die Kinder beim Eheschluß an die Einwilligung der Eltern gebunden. In den Ländern englischen Rechts, wo die elterliche Einwilligung kein gesetzliches Erfordernis des Eheschlusses, haben die Eltern volle Testierfreiheit auf ihr Vermögen, können sie ihre Kinder nach

Belieben enterben. Daß trotzdem und eben deshalb die Freiheit der Eheschließung in den Klassen, wo es was zu erben gibt, in England und Amerika, tatsächlich um kein Haar größer ist als in Frankreich und Deutschland, das ist doch klar.

Nicht besser steht es mit der juristischen Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Ehe. Die rechtliche Ungleichheit beider, die aus früheren Gesellschaftszuständen vererbt, ist nicht die Ursache, sondern die Wirkung der ökonomischen Unterdrückung der Frau. In der alten kommunistischen Haushaltung, die viele Ehepaare und ihre Kinder umfaßte, war die den Frauen übergebene Führung des Haushalts ebenso gut eine öffentliche, eine gesellschaftlich notwendige Industrie, wie die Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Männer. Mit der patriarchalischen Familie, und noch mehr mit der monogamen Einzelfamilie wurde dies anders. Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein Privatdienst; die Frau wurde erste Dienstbotin, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt. Erst die große Industrie unserer Zeit hat ihr — und auch nur der Proletarierin — den Weg zur gesellschaftlichen Produktion wieder eröffnet. Aber so, daß, wenn sie ihre Pflichten im Privatdienst der Familie erfüllt, sie von der öffentlichen Produktion ausgeschlossen bleibt und nichts erwerben kann; und daß, wenn sie sich an der öffentlichen Industrie beteiligen und selbständig erwerben will, sie außerstande ist, Familienpflichten zu erfüllen. Und wie in der Fabrik, so geht es der Frau in allen Geschäftszweigen, bis in

die Medizin und Advokatur hinein. Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offene oder verhüllte Hausklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt. Der Mann muß heutzutage in der großen Mehrzahl der Fälle der Erwerber, der Ernährer der Familie sein, wenigstens in den besitzenden Klassen, und das gibt ihm eine Herrscherstellung, die keiner juristischen Extra-Bevorrechtigung bedarf. Er ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat. In der industriellen Welt tritt aber der spezifische Charakter der auf dem Proletariat lastenden ökonomischen Unterdrückung erst dann in voller Schärfe hervor, nachdem alle gesetzlichen Sonderrechte der Kapitalistenklasse beseitigt und die volle juristische Gleichberechtigung beider Klassen hergestellt worden; die demokratische Republik hebt den Gegensatz beider Klassen nicht auf, sie bietet im Gegenteil erst den Boden, worauf er ausgefochten wird. Und ebenso wird auch der eigentümliche Charakter der Herrschaft des Mannes, über die Frau in der modernen Familie und die Notwendigkeit, wie die Art, der Herstellung einer wirklichen gesellschaftlichen Gleichstellung beider erst dann in grelles Tageslicht treten, sobald beide juristisch vollkommen gleichberechtigt sind. Es wird sich dann zeigen, daß die Befreiung der Frau zur ersten Vorbedingung hat die Wiedereinführung des ganzen weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie, und daß dies wieder erfordert die Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft.

## Das Land der blutgetränkten Erde

Bergarbeiter-Tragödie in USA

Streik. . . . Zwischen den dürrigen schmutzigen Holzbaracken, in USA deren Fenster mit Papier anstelle von Fensterscheiben, verklebt sind, deren Dächer ohne Verzimierung lediglich nur mit Teerpappe überspannt sind, durch die der Regen unbekümmert trüffelt, stehen zerlumpte Gestalten mit vor Hunger tiefliegenden und liebzig glänzenden Augen. Die Fäuste ballen sich in der Tasche, denn durch die Strafen fahren gedeckte Lastwagen, motorisierte Eisenkähle, durch die Gitterstäbe deren Fenster man die bleichen Gesichter der Kumpels erkennen kann, mit Ketten um den Hals aneinander gefesselt. Es sind die Führer der Gewerkschaft, die Führer des Massenkampfes.

Streik. . . . Der Kampf ist entbrannt. Die Fronten klar. Drühen die Kohlenbarone, hüben die hungernden Bergarbeiter. Aber immer noch hungern sie noch nicht genug, immer noch hat der Hunger sie nicht niedergedrungen. Hilfspolizei, in Uniformen gesteckte Verbrecher, wird eingesetzt. Auf die Suppen- und Streikbrotchen hat man es abgesehen. Die eine wird mit Dynamit in die Luft gesprengt, wenige Tage später geht die zweite in Flammen auf. Das genügt aber noch lange nicht, der Hunger muß größer und nagender werden.

Und wieder wird die Hilfspolizei losgeschickt. In den morschen Holzverschüngen werden die Schweine geschlachtet, die letzte Hilfsquelle der Streikenden.

Wer mit der Miete für die Elendsbaracken im Rückstand ist, wird exmittiert. Wer die Möbel beim Händler auf Kredit gekauft und sie noch nicht abbezahlt hat, dem werden sie wieder weggeholt. Wen kümmert es, wenn die Schwangere auf dem nackten Fußboden der Baracke gebären muß?

Streik. . . . In der Umgegend eines der Kohlenstädtchen sind die Arbeiter zusammengekommen, um zu beraten. Spitzel haben der Polizei einen Wink gegeben mit Karabinern, Maschinengewehren und Panzerwagen stößt die Polizei, verstärkt durch die Verbrecher der Hilfspolizei die Arbeiterversammlung auf. Schriill klingt das Kommando „Feuer“ durch die Nacht. Die völlig überraschten Arbeiter werden mit einem Hagel von Geschossen überschüttet. Die hämmernden Maschinengewehre säen Tod und Vernichtung in die Reihen der Proleten. Deren Geduld reißt, sie schießen wieder mit armseligen Pistolen. Drei Hilfspolizisten werden getötet. Aus den Reihen der Streikenden werden 43 verhaftet. Ihr Schicksal? Lebenslängliches Zuchthaus. So geschehen am 5. Mai 1931 in der Umgegend von Everts.

„Everts“ wird mancher fragen. Das ist ein kleines Barackenstädtchen, ausschließlich fast nur von Bergarbeitern besiedelt, im Staate Kentucky, dem Kohlenpott Amerikas.

Als herauskam, daß drei Polizisten sich bei diesem Feuerüberfall auf die Streikversammlung sich geweigert hatten zu schießen, da entsandte der Gouverneur von Kentucky 400 Mann regulärer Truppen. Und über Everts, Harlan und wie die Barackenstädtchen des Kohlenreviers alle heißen n-agen, wurde der Belagerungszustand verhängt und dem schrecklichsten Terror gegen die Arbeiterschaft Bahn gegeben. Häuser in denen Arbeiter wohnen, die von den Hilfsorganisationen Unterstützungen angenommen, werden geplündert und zerstört, Versamm-

lungen mit Tränen- und Giftgasen beschossen. Nachts detonieren unaufhörlich Revolvergeschüsse. Hilfspolizisten — aus den Zuchthäusern entlassene Verbrecher (man nennt sie drüben Gun-man, zu deutsch: Meuchelmörder) — feuern durch Fenster und Türen aus gesichertem Versteck oder von der dunklen Straße auf die wehrlosen Arbeiter. Wahlos werden Proleten verhaftet.

Ein Hilfspolizist kommt auf einem Abendpatrouillengang bei der Volksküche vorbei, verwickelt dort zwei Bergarbeiter, die im Begriff sind den hungernden Familien die magere Suppe auszuteilen in ein Gespräch, das damit endet, daß der eine tot am Platze bleibt. Dem andern gelingt es mit von einer Revolverkugel zerschmetterten Schulter zu fliehen.

Das hinterlistigste und feigste aller Kampfmittel aber ist das in Amerika so beliebte Kidnapping, die „Entführung“. Virtuos verstehen die Schergen der Ausbeuterklasse es anzuwenden. Man betreibt das Kidnapping als Sport, den selbst der Friedensrichter nicht verschmäht in persona und in der Praxis mitzumachen.

Bis an die Zähne bewaffnete Banditen laden das Opfer zu einer Spazierfahrt („Taken for a ride“), so lautet höflich die englische Formel) in ein Auto und dann geht es in rase der Fahrt hinaus vor die Stadt in eine wilde menschenleere Gegend. Das Auto hält. Höflich fordert der Führer auf: „Steigen Sie bitte aus!“ Man durchwühlt dem Mitgenommenen die Taschen, beraubt ihn und dann heißt es: „jetzt gehen Sie.“ Wenn dann der Arbeiter — froh, ungeschoren davonzukommen — loslaufen will, fällt man mit Eisenstangen und Gummiknüppeln über ihn her, schlägt viehisch, lautlos auf ihn ein, bis er zusammenbricht. Wehe wenn er am Boden liegt, man zerstampft ihn mit eisenschlagenden Absätzen. Gelingt es ihm unter Anwendung unmenschlicher Kräfte zu entfliehen, so pfeifen ihm die Kugeln hinterdrein.

Blutbesiedelt die kohlenberubste Erde, auf der sich tagtäglich die grausamen Tragödien abspielen. Und der Name Kentucky, ist in Wahrheit ein Symbol für die Blutvorgänge, denn das Wort ist indianisch und heißt nicht anders als: „blutgetränkte Erde.“

Denn damals als die Weißen in das Land kamen, viele Hundert Jahre vorher ehe man die Kohle entdeckt hatte war dieser Landstrich der Schauplatz der unbarmherzigsten und grausamsten Metzereien zwischen den Bergbewohnern, den Indianern und den Bewohnern der Ebene, den Farmern, gewesen. Damals prägten die Indianer das Wort „Kentucky“.

Einst ein reiches Land, das in Hülle und Fülle seinen Naturreichtum an seine Bewohner verschwendete, wurde es durch den Einbruch der Industrie, durch die Entdeckung der Kohlengruben zum Schauplatz des kapitalistischen Existenzkampfes, zur Wahlstatt, auf der Arbeiter, die einstigen reichen Farmer, die von den Bergen in die Ebene gestiegen waren, um das nackte Leben ringen.

Das Land veränderte, als man zu Beginn des zweiten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts die Kohlenlager entdeckt hatte, mit Wunderselle sein Gesicht. Straßen wurden gebaut, Tunnel gebohrt, und ein Netz von Eisenbahnschienen durchkreuzte den Staat. Kraftstationen schossen wie Pilze aus dem Erdboden. Und die Distrikte von Bell und

Harlan, die sich auf etwa 100 000 Meilen hinziehen, wurden zu den Konzentrationspunkten der Kohlenproduktion. Als der Krieg kam, begann ein fiebriger Abbau der Kohlenflöze. 20 Millionen Tonnen des besten Anthrazit wurden jährlich gefördert, und nimmer endenwollende Reihen von beladenen Waggons fuhren Tag und Nacht nach dem Norden zu, den großen Seen entgegen, an deren Ufern sich die Kriegsindustrie konzentriert hatte.

Aber die „Prosperity“ dauerte nicht lange, und 1921 bereits setzte die Krise ein. Die deutsche Reparationskohle war ein nicht zu unterschätzender Konkurrent. Andere Brennstoffe kamen auf. Vor allem das Petroleum. Zechen mußten stillgelegt werden. Der Hunger wurde der Hausfraund in den Elendshöhlen der Arbeiter. Die Schwindsucht kam. Im Jahre 1927 vertiefte sich die Krise. Kurzarbeit mußte eingeführt werden. Lohnraub auf Lohnraub folgten einander.

Mit Lumpen bekleidet, ohne Unterzeug, gehen Frauen und Kinder Sommer und Winter mit nackten Füßen und freuen sich, wenn sie ein paar Löffel der sogenannten Bull-doggravy (zu deutsch Bulldoggsuppe), einer dünnen Tunke aus Wasser und Mehl mit ein paar eingetrockneten Stückchen vertrockneten Schwarzbrotts, verschlucken dürfen.

Die Kinder sind unterernährt, Krankheiten richten fürchterliche Verwüstungen an. In einer der Elendsiedlung, die aus kaum 120 Familien besteht, trägt man während einiger Monate jede Woche sieben Kinder zu Grabe. Und als 1931 die feisten Kohlenbarone einen neuen Lohnraub ankündigten, bricht der Streik los. „Lieber im Streik verhungern, als bei der Arbeit vor Hunger zusammenbrechen.“ Das ist der Schlußruf der Kämpfenden.

Und Monat für Monat dauerte der Kampf. Die großen Zeitungen von USA entsandten Reporter auf den „Kriegsschauplatz“. Die Kohlenbarone hetzten aber die „Hilfspolizei“ auf sie und ließen sie außer Landes schaffen. Wer halsstarrig war, wie Boris Israels, der Reporter der „Federated Press“ und nicht gehen wollte, lernte das „Kidnapping“ aus eigener Erfahrung kennen und brachte oben drein eine im Schenkel steckende Revolverkugel als Andenken nach Hause.

Kein Wunder, daß man über diesen Streik in Kentucky nichts erfahren hat.

Die Lokalzeitungen schweigten dafür in Patriotismus: „Man hat mit den aufrührerischen Männern und Frauen viel zu lange und viel zu viel Geduld gehabt“, schreibt die Harlaner Zeitung. „Je schneller man dieses Päck fusilieren läßt, desto besser für unser geliebtes Vaterland. Der einzig geeignete Platz für sie ist zwischen sechs Tannenbrettern sechs Fuß unter der Erde.“

Ist es verwunderlich, daß die Bergarbeiter schließlich unterlagen? Sie unterlagen — immer aber noch brodelte es unter der Decke, die man „Ruhe und Ordnung“ nennt.

Während die „Hilfspolizei“ auf der blutgetränkten Erde Kentuckys — immer noch neues Blut trinkende Erde — kreuz und quer durch die Barackenstraßen der Not patrouilliert, hört man jetzt immer häufiger ein wild-melancholisches Lied aufklingen. Es ist das Lied der Bergarbeitersfrau. Es ist das Lied mit der Sehnsucht nach Freiheit, Brot und Frieden. Jim.

<sup>1)</sup> Monogamie = Einehe.

<sup>2)</sup> Hetärismus = etwa dem Verkehr mit Freundinnen gleichzusetzen.

<sup>3)</sup> Ehe nach Verstandeserwägungen.

<sup>4)</sup> Nach der Wortherkunft her.

# Rot oder schwarz-rot-gold

## Der Weg der proletarischen Wehrorganisationen

Wenn man den Wert proletarischer Wehrorganisationen beurteilen will, so muß man ihre Entwicklung kennen. Es hat in Deutschland seit 1918 keineswegs an Versuchen gemangelt, eine proletarische Wehrorganisation zu schaffen. Da sie aber alle geboren wurden aus der jeweils gerade aktuellen politischen Situation, mußten sie in dem Augenblick versagen, wo neue politische Perspektiven auftauchten.

Die größte Arbeiterpartei, die SPD, hatte sich von vornherein um jede Möglichkeit gebracht, eine klassenbewußte proletarische Wehrorganisation ins Leben zu rufen, nachdem Ebert und die Führung der SPD 1918/19 den jetzigen Reichswehrminister v. Schleicher beauftragten, in Deutschland für die sogenannte „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Ich verweise hierbei ganz besonders die sozialdemokratischen Arbeiter auf das enge verwandtschaftliche Verhältnis, das bereits 1918 zwischen Herrn von Schleicher und der SPD-Führung bestand. Mit dieser Aktion gegen das revolutionäre Proletariat hatte man 1919 nicht nur der Konterrevolution den Weg freigelegt, sondern gleichzeitig auch alle proletarischen Wehrorganisationen außer Kraft gesetzt. Man konnte nun in „Ruhe“ eine Nationalversammlung wählen lassen, die gestützt auf die Bajonette der Eberttreuen Regierungstruppen, unter lebenswürdiger Unterstützung von Zentrum und Demokratie der deutschen Arbeiterklasse die freieste Verfassung der Welt schenkt. Doch die reaktionären Kräfte in Deutschland hatten damit wieder die Möglichkeit, sich frei und gleichberechtigt zu betätigen, so daß schließlich auch die den Frieden wollende SPD nicht darauf verzichten konnte, erneut an den Wehrwillen ihrer Mitglieder zu appellieren. Man schuf als wehrpolitisches Surrogat den sozialdemokratischen Ordnungsdienst, der sich in der Hauptsache auf den Schutz sozialdemokratischer Versammlungen beschränkte und nur an einigen Orten in Deutschland über diesen Rahmen hinaus auch offen dem politischen Gegner entgegentrat.

Als schließlich Erzberger und Rathenau von der Reaktion beseitigt wurden, zeigte sich erneut in gewaltigen Demonstrationen die Kraft der Arbeiterklasse und gleichzeitig die erbärmliche Schwäche ihrer Führung. Obgleich im Kapp-Putsch diese Kraft des Proletariats unbestrittener Sieger blieb, nutzte man diesen Sieg nicht im Interesse der Arbeiterklasse aus, sondern schrie nach „Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte“.

Es entstand unter Führung Otto Hörsings, der sich bei der Niederschlagung des revolutionären Proletariats inzwischen in verschiedenen Landesteilen bewährt hatte, das „Reichsbanner schwarz-rot-gold“.

Gedacht als Gegenspieler zu den immer stärker werdenden Stahlhelmformationen, wurde jedoch der klassenmäßig wehrpolitische Charakter in demselben Maße verwässert, indem sich die am Reichsbanner beteiligten Parteien untereinander und mit den reaktionären Gegnern verbrüderten. Angefangen von der gemeinsamen Parade des Reichsbanners mit dem Stahlhelm vor Hindenburg in Kiel und am deutschen Eck bis zur Durchorganisation von freiwilligen Arbeitsdienstlagern und der Herausgabe gemeinsamer Wahlpropaganda für die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, sehen wir eine einzige Kette des Abgleitens von der Linie des Klassenkampfes. Am Ende dieser Entwicklung bleibt als Resultat, daß unzählige proletarische Reichsbannerkameraden nutzlose Opfer des faschistischen Terrors und der Klassenjustiz geworden sind. Und noch immer betont das Reichsbanner als Organisation, daß es diesen Staat nicht nur schützen und stützen, sondern auch bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen gewillt ist.

In jüngster Zeit hat man jedoch auch das selbständige Handeln des Reichsbanners unmöglich gemacht, indem es eingegliedert wurde in die sogenannte „Eiserne Front“.

Finanziert und organisiert von der SPD und den Freien Gewerkschaften, ist diese Front wehrpolitisch für die Arbeiterklasse wertlos, solange die Führer die zusammengefaßten Proletariatsmassen zu parlamentarischen Manövern benutzen, wo doch dank der bisherigen Politik der SPD Parlamentarismus und die Demokratie bereits einer vergangenen Zeitepoche angehören.

Es ist selbstverständlich, daß große Teile des Proletariats rechtzeitig erkennen mußten, daß die schwarz-rot-goldene Staats- und Volksgemeinschaftsideologie der Arbeiterklasse zum Verhängnis werden muß. Es entstanden in der Hauptsache aus Abspaltungen des Reichsbanners in einzelnen Landesteilen wirkliche rein proletarische Wehrorganisationen, die aber wie der „sozialistische Kampfband“ in Breslau, nur lokale Bedeutung hatten, da eine zentrale Zusammenfassung und Leitung für das ganze Reich nicht vorhanden war.

Die kommunistische Partei hat zwar im Aufbau des Roten Frontkämpferbundes Hervorragendes geleistet. Bei richtiger Politik hätte der Rote Frontkämpferbund zur alleinigen Wehrorganisation der deutschen Arbeiterklasse werden können. Leider aber hat die Politik der KPD wie den proletarischen Massenorganisationen auch dem Roten Frontkämpferbund die Massenbasis entzogen und so ist er schließlich „nur der Gewalt gewichen“, ähnlich wie es ihm der sozialdemokratische Innenminister Severing in letzter Zeit nachgehakt hat. Es genügt nicht, daß man dann und wann in die Welt schreit „Der Rote Frontkämpferbund lebt“. Man mußte vielmehr überall und ganz besonders bei allen Veranstaltungen der proletarischen Massenorganisationen wirklich merken, daß der Rote Frontkämpferbund noch vorhanden ist und daß er der politischen Entwicklung sein Gepräge gibt.

Eine wirklich schlagkräftige Wehrorganisation war der österreichische Schutzband, der aber, infolge des Einflusses von

Renner, Deutsch und anderen in demselben Maße in seinem Kampfwert zurückging, in dem auch die österreichische Sozialdemokratie die rein marxistische Linie verließ. An hervorragender Stelle genannt zu werden verdient hierbei auch der Danziger Schutzband, der, aus dem Reichsbanner hervorgegangen, nach dem Muster des österreichischen Schutzbandes aufgebaut, das Vorbild gab zur Organisation der Breslauer Schutzstaffeln.

Die Schutzstaffeln in Breslau aktivierten zunächst die wirklich klassenbewußte Mitgliedschaft in der SPD und sog. den bestehenden sozialistischen Kampfband in sich auf. Es war deshalb selbstverständlich, daß nach erfolgter Parteispaltung auch dieses Kampfband zur organisatorischen Grundlage für die Sozialistische Arbeiterpartei wurde. Im Augenblick der Zuspitzung der politischen Verhältnisse in Deutschland war die Organisation einer klassenbewußten, proletarischen Wehrorganisation eine Lebensnotwendigkeit geworden. Und deshalb hat es die SAP als ihre oberste Aufgabe betrachtet, das Schwergewicht auf

die Durchorganisation der Schutzstaffeln zu legen. So ist unumfänglich nach der Gründung der Partei die Zusammenfassung aller Schutzstaffeln im ganzen Reich zum „Sozialistischen Schutzband“ erfolgt. Die Zusammensetzung der zentralen Leitung sowie die Art und Weise des Aufbaus trägt, daß die politischen Notwendigkeiten in jeder Situation in marxistischem Sinne Rechnung getragen wird.

Der politische Gegner hat in den letzten Monaten mit aller Deutlichkeit erkannt, daß der Sozialistische Schutzband ein Faktor ist, mit dem er zu rechnen hat. Und die marxistische Durchbildung jedes einzelnen Schutzbandmitgliedes schafft die Möglichkeit, daß sowohl in den proletarischen Massenorganisationen wie in den Betrieben, als auch in dem Millionenheer der Erwerbslosen eine Massenbasis gefunden wird, die, im Interesse der gesamten Arbeiterklasse ausgenutzt, imstande ist, nicht nur den Faschismus abzuwehren, sondern im entscheidenden Augenblick auf außerparlamentarischem Wege das

Proletariat zum Siege zu führen. In einer politischen Situation, in der die Regierung Papen und die Reichswehr die Volkspolizei auf die Bajonette der Reichswehr und die Terrororgane der Stahlhelm stellen, so die nationalsozialistischen Heilshelfer der Kapitalisten glauben das Proletariat mit ihren SA- und SS-Heeren einschüchtern zu können, wo die in der „Eiserne Front“ mobilisierten Kräfte durch Wahlmanöver und Volkenscheidmährchen vom Klassenkampf abgelenkt werden, ist es notwendig, daß jeder klassenbewußte Arbeiter sich einreißt in die einzige Organisation, auf die sich das Proletariat wehrpolitisch verlassen kann. Der Sozialistische Schutzband wächst täglich nicht nur zahlenmäßig an Mitgliedern, sondern auch seine politische Einflusssphäre nimmt in demselben Maße an Umfang zu, in dem die Arbeiterschaft erkennt, daß sie bisher auf politisch falschen Wegen geführt wurde. Der Breslauer Schutzband hat nicht umsonst die Fahne der deutschen Arbeiterklasse in seiner Betreuung. Sie gehört nicht irgendeiner reformistischen Organisation und sie wird dem siegreichen deutschen Proletariat voranwehen in dem Augenblick, wo der Faschismus geschlagen, wo man nicht mehr die Köpfe der Arbeiter mit schwarz-rot-goldener Ideologie vernebelt, sondern wo es gelten wird, unter den roten Bannern des klassenbewußten Proletariats im Sinne von Liebknecht, Luxemburg und Lenin den Sieg zu erringen.

# Im Kampf erstarkt

## Ein Jahr SJV

„Wir marschieren als kleines Häuflein, uns fest an den Händen haltend, auf steilen und abgründigen Wege. Wir sind von allen Seiten von Feinden umgeben und müssen fast immer unter ihrem Feuer marschieren. Wir haben uns nach freigelegten Beschlüssen zusammengetan, eben um gegen die Feinde zu kämpfen und nicht in den benachbarten Sumpf zu geraten, dessen Bewohner uns von Anfang an schalten, weil wir uns zu einer besonderen Gruppe vereinigt und den Weg des Kampfes anstatt den Weg der Versöhnung gewählt haben.“ (Lenin)

Ein Jahr ist seit der Gründung des Sozialistischen Jugendverbandes vergangen, ein Jahr, in dem die sozialistische Jugend zu einem selbständigen unentbehrlichen Kerntrupp in der Kampffront des revolutionären, klassenbewußten Proletariats herangereift ist. Nach einjährigen ungeheuren politischen Kämpfen, in deren Trommelfeuer sich unsere Anschauungen als richtig erwiesen und darüber hinaus neue Erkenntnisse vermittelt haben, ist es die Pflicht einer Jugendorganisation des Proletariats, Rückschau zu halten und aus ihr für die Zukunft zu lernen.

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion.“ (Karl Marx)

In gleichem Maße, in dem der Apparat der Sozialdemokratischen Partei zum Selbstzweck wurde, in dem die Ueberalterung der Organisation fortschritt, wuchs die Rebellion der Jugend, die zur immer weiteren ideologischen Entfernung vom Kurs des Reformismus führen mußte. Diese Rebellion wuchs in Breslau früher als anderswo auf dem Boden einer starken Parteioption. So war es kein Zufall, daß gerade in Breslau die Jugend den Anstoß zur Trennung von SAJ und Sozialdemokratie gegeben hat.

Am 29. September 1931 ist in einer Versammlung der SAJ der Bruch mit der alten Organisation vollzogen worden. Damit war das Signal zur Trennung der besten Kämpfer von der Sozialdemokratie gegeben.

Obgleich der Apparat der SPD sofort zu spielen begann, obgleich man nicht vor Anwendung der brutalsten Mittel zurückschreckte, sind die Jugendgenossen unbeirrt mit Sicherheit ihren Weg gegangen. Aus den Erfahrungen des täglichen Kampfes, die immer wieder

die verhängnisvolle Politik der Reformisten und Ultralinken den Genossen vor Augen führte, erstand der Wille zur Schaffung klarer kommunistischer Grundsätze. Wieder war es die Initiative der Breslauer SJV-Genossen, die die Diskussion über die Grundsätze des Jugendverbandes begannen.

Im Ringen um unsere Stellung zum Antimilitarismus, zu Sowjetrußland und zur Wehrhaftigkeit des Proletariats war die Selbständigkeit unserer Organisation Voraussetzung. Die erste Reichs-Jugendkonferenz des SJV hat die Ergebnisse unserer Vorarbeit bejaht und so aus den praktischen Erfahrungen unserer Arbeit das theoretische Rüstzeug unserer Bewegung geschaffen. Damit war ein großer Schritt fort vom Reformismus, hin zum Kommunismus, getan.

Doch den Aufgaben des Sozialistischen Jugendverbandes, der sich die bewußte und planmäßige Steigerung des proletarischen Klassenkampfes, die Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Ziel setzt, konnte die alte Organisationsform, die er aus dem reformistischen Lager übernommen hatte, nicht mehr genügen. Wie die theoretische Verlagerung aus der Praxis heraus gewachsen war, so ergab sich auch die neue Organisationsform aus den Forderungen des täglichen Kampfes.

Die organisatorische Selbständigkeit legte uns ganz besondere Pflichten gegenüber der Gesamtbewegung auf. Im Kampfbündnis mit der Partei wurde die lange Reihe der Wahlkämpfe geführt, wurden immer wieder

Schritte zur Erreichung der roten Einheitsfront unternommen, wurde dem Terror der Faschisten ein Paroli geboten.

In diesen Kämpfen erwiesen sich die Stärken und die Schwächen der Bewegung. Manche Aufgabe ist un erfüllt geblieben, neue haben sich dazu gefunden. Noch ist der organisatorische Umbau nicht vollendet, noch sind nicht alle Organisationen von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes überzeugt worden, noch stehen Jungproleten außerhalb unserer Reihen.

Die Erfüllung dieser Aufgaben muß aber erst recht in Angriff genommen werden.

Doch „keine revolutionäre Praxis ohne revolutionäre Theorie“, die aus der Praxis für die Praxis auf der Grundlage des Marxismus gewonnen wird.

Die Verschärfung der Klassengegensätze verlangt täglich von neuem die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes. Solange nicht der Konterrevolution die wirkliche Kampffront des geeinten Proletariats entgegengestellt werden kann, solange nicht der Sieg des Proletariats erkämpft ist, solange muß der SJV das gesamte Jungproletariat zum Kampfe führen auf dem Wege, der die Prinzipienklärung vorzeichnet.

Lenin sagt: „Geht uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!“ Wir wollen eine solche Organisation von Revolutionären schaffen, damit wir Deutschland aus den Angeln heben.

# Rote Falken voran

Wo die Arbeiterschaft kämpft, in Demonstrationen und Kundgebungen, bei Streiks wie im Wahlkampf stehen Seite an Seite mit den erwachsenen Arbeitern die Rotfalken der Arbeiterkinderfreunde-Bewegung. Kein Arbeiter, der nicht die blauen Kittel, die roten Binden der Falken kennt.

Für die bürgerliche Welt ist das Arbeiterkind ein aufwässiges, freches, mit allen schlechten Eigenschaften behaftetes „Straßenkind“. Für seine Genossen in der Kinderfreunde-Bewegung ist es ein Mensch wie alle anderen, mit Schwächen und Vorzügen behaftet.

Nach dem Alter gegliedert in Nests-, Jung- und Rotfalkengruppen werden die Kindergenossen nach ihrem kindlichen Vermögen an sozialistische Aufgaben herangeführt. Die Arbeiterkinder sollen in ihren Gruppen nicht nur Heimstätten finden, sondern zu Kämpfern für ihre Klasse herangebildet werden. Darum ist die Erziehungsmethode unserer Bewegung nicht auf die Gewaltmethoden der bürgerlichen Autoritätserziehung aufgebaut, sondern auf der gegenseitigen Beeinflussung in der Gemeinschaft der Genossen.

Gerade in der Gegenwart zeigt es sich, wie wichtig für die Erhaltung der Klassenherrschaft des Bürgertums Inhalt und Methode seiner Erziehung ist. Der Knechtseligkeit der bürgerlichen Erziehung setzt die Kinderfreundebewegung das selbstbewußte kämpferische Wollen ihrer jungen Genossen entgegen. An die Stelle der vom Bürgertum gewünschten Unselbständigkeit tritt die in selbständiger

Arbeit für die Organisation entstandene Zuverlässigkeit der Kinderfunktionäre. An die Stelle der einseitigen kritischen Beaufsichtigung der Kinder durch Erwachsene tritt die gegenseitige, ehrliche und sachliche Kritik unter Genossen. Freundschaft und Hilfe finden junge wie ältere Genossen im gemeinsamen Kampfe ihrer Gruppen.

Noch ist vielen Genossen die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Arbeit der Arbeiterkinderfreunde-Bewegung nicht klar zum Bewußtsein gekommen. Alle die, die ihre Kinder noch nicht den Rotfalkengruppen zugeführt haben, alle die noch nicht sich helfend der Organisation der Arbeiterkinderfreunde-Bewegung eingereiht haben, müssen jetzt, um ihre Kinder gegen die Folgen der bürgerlichen Erziehung festzumachen, sie in die Gruppen der Arbeiterkinderfreunde, Büro: Breslau, Seydlitzstraße 1, einreihen.

# Das rote Heer

Joh. R. Becher

Es sammelt sich ein großes Heer.  
Es trommelt hart durch Stadt und Land.  
Wir werden mehr und immer mehr.  
Wir wachsen wie im Sturm ein Brand.

Es blutet rot aus jedem Haus.  
Wir tragen rote Fahnen mit.  
Es ist ein Blut, das uns durchbraust.  
Die gleiche Not — der gleiche Schritt.

Es kommt durch Straßen, grau und schwer,  
Ein Männerstrom ein Sturm von Kraft.  
Es ist ein rotes Massenheer,  
Hundertschaft an Hundertschaft.

Marsch!

Das Pflaster springt, das Pflaster stampft.  
Die Trommel klopft: „Marschier!“  
Und unser Atem heiß wie Dampf —  
Seh! Das sind wir, sind wir!

Marsch! Marsch!

In Rußland, China steht ein Heer,  
Millionen steh'n bereit.  
Du deutsches Proletarierheer  
Den Schritt getan! — 's ist an der Zeit!

Marsch! Marsch! Marsch!

# Ein Kampfbereit dem Proleten

Fast zur gleichen Zeit wie die SAP feiert das Proleten, das Breslauer Kino der Arbeiterschaft, sein einjähriges Bestehen. Vor einem Jahre wurde mit großer Aufopferungsfreudigkeit unter großen Opfern vom hiesigen Arbeitersportkartell ein Saal im Bräuerhäuschen in einen wirklich schönen Lichtspielbau umgewandelt. Seit einem Jahr besitzt das Breslauer Arbeitersportkartell sein eigenes Kino.

Wenn es auch schwer fällt im Rahmen der bürgerlichen und kapitalistischen Filmproduktion, deren Niveau von Monat zu Monat künstlerisch immer tiefer sinkt und die es in dieser konterrevolutionären Situation verstanden hat, die künstlerisch hochstehende aus-

ländische Filmproduktion der Russen etwa mit Hilfe ihrer kapitalistischen Machtmittel mehr und mehr zu verdrängen, so hat die Leitung des Proleten es verstanden, im Rahmen der vorhandenen bürgerlichen Filme und im Rahmen der nicht vorhandenen proletarischen Filme das für ihren Spielplan herauszusuchen, was irgendwie aufklärend, sei es in negativem, sei es in positivem Sinne für das Proletariat wirken kann.

Wir begrüßen die Genossen vom Arbeitersportkartell, die es gewagt haben, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft ein Arbeiterunternehmen zu gründen, und rufen ihnen ein kräftiges Kampfbereit zu!

Der zweite Streich

Berlin, 1. Oktober.

In Kilems Festsälen, die man schon fast die historische Versammlungshalle der Berliner SAP nennen kann, traten unsere Berliner Genossen mit ihrer zweiten Wählerversammlung in diesem Reichstagswahlkampf vor die Öffentlichkeit.

Paul Frölich sprach. Er glossierte das Wettrennen der Verfassungsschützer, die in der deutschen Republik nie so zahlreich waren, wie es jetzt der Fall zu sein scheint, enthielt den Plan der Reichsregierung zur Ankerhebung der Wirtschaft und die Dreiviertel-Autarkie, die von derselben Regierung vorbereitet worden ist, als Attentat auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft, kennzeichnete den fortgesetzten Verrat an den Arbeiterinteressen, der von der SPD getrieben wird und in dem auch Sozialistische Aktion und Volksentscheid gegen die Papen-Notverordnung nur Glieder einer Kette sind, sowie die Unfähigkeit der KPD, außerparlamentarische Aktionen zu entfesseln, die im Interesse des Proletariats notwendig sind, und forderte auf, überall dort, wo die Unternehmer Lohnherabsetzungen diktiert, sofort den Kampf aufzunehmen, der aus einem wirtschaftlichen Kampf umschlagen muß in einen politischen Kampf zur Beseitigung der Notverordnung und der Diktaturregierung. Der Kapitalismus oder wie! So stehe die Machtfrage. Nur in breiter Einheitsfront sei die Macht der Arbeiterklasse zu erkämpfen.

Die Diskussion verlief außerordentlich interessant. Nachdem ein Kommunist, obwohl ihm 20 Minuten Redezeit eingeräumt worden waren, schon nach 5 Minuten von der Rednertribüne abgetreten war, sprang Otto Jacobsen in die Bresche, um die Situation für die KPD zu retten. Aber er hatte entschieden einen schlechten Tag. Für die Unwirksamkeit der kommunistischen Generalstreikparole am 20. Juli führte er entschuldigend ins Feld, daß die KPD in den Betrieben und in den Gewerkschaften keine Massenbasis mehr hätte; nichtsdestoweniger aber feierte er kurz darauf die Streiks gegen Lohnherabsetzungen, die in letzter Zeit geführt worden sind, als einen Erfolg der KPD. Eine Blockbildung auch mit der SPD lehnte er für die KPD ab und forderte die Einheitsfront von unten. Für die Gewerkschaftspolitik der KPD glaubte er, eine Wendung ankündigen zu dürfen. Da Jacobsen seine Rede mit Angriffen auf die SAP gespickt hatte, brachte Max Köhler eine Entschliebung zur Velesung, die Otto Jacobsen kurz vor seinem Austritt aus unserer Partei mitunterschrieben hatte und in der Ansichten über die Politik der KPD vertreten werden, die in starkem Widerspruch zu der Stellung stehen, die er an diesem Abend eingenommen hatte. Daß er zunächst die Unterschrift unter diese Entschliebung abzuleugnen versuchte, war von ihm höchst unklug, denn Max Köhler war in der Lage, die Unterschrift Otto Jacobsens im Original vorzuweisen. Nach diesem unerwarteten Zwischenfall verliehen die Anhänger der KPD, sichtlich deprimiert, geschlossen den Saal. Hatten sie Angst vor dem Schlußwort?

Berlin wird „reformiert“

Berlin, 1. Oktober.

Stück um Stück werden die letzten schädlichen Reste der kommunalen Selbstverwaltung abgebaut. Ganz besonders auf den „Wasserkopf“ Berlin mit seiner roten Arbeiterbevölkerung hat es die Bourgeoisie dabei abgesehen. Hier macht die Zertrümmerung der Selbstverwaltung noch weitere Fortschritte als anderswo. Denn die herrschende Klasse will verhindern, damit nicht etwa doch einmal eine Einheitsfront der Arbeiterklasse die Vertreter der proletarischen Mehrheit im Rathaus zwingen kann, die Selbstverwaltungsrechte im Interesse der arbeitenden Bevölkerung auszunutzen.

Der Sozialdemokrat Severing hat mit diesem Abbau den Anfang gemacht. Er hat Berlin den Staatskommissar auf die Nase gesetzt, als die Notverordnungssteuern Bräunings abgelehnt wurden, und er hat durch das „Selbstverwaltungsgesetz Groß-Berlin“ vom März 1931 dafür gesorgt, daß der kapitalistische Reaktionsär Sahn zum Diktator von Berlin wurde.

Seitdem wird daran gearbeitet, durch Zusammenlegung der Bezirke und Beseitigung der Bezirksversammlungen,

die schädigen Reste der Berliner Selbstverwaltung noch weiter abzubauen. Der Bourgeoisie geht aber die Abbauarbeit der Berliner kommunalen Bürokratie nicht schnell genug, und so hat denn Herr Bracht mit der Faust auf den Tisch gehauen, um dem lahmen Magistratsamtsschimmel Beine zu machen, und dieser hat sich denn auch sofort auf die Beine gemacht.

Als Herr Bracht den Stadtvätern die Diktatorenfaust zeigte, da haben die letzten Mohikaner der Weimarer Demokratie, SPD und Staatspartei, die im Magistrat zusammen die Mehrheit haben, sich gewaltig entrüstet. Aber dann sind sie wieder einmal der Gewalt gewichen und zu Kreuz gekrochen und haben sich beugt, den Willen des Gebieters zu erfüllen.

Das Produkt ist auch danach, Berlin wird in neun Bezirke eingeteilt.

Der 1., 2. und 6. Bezirk bilden künftig den ersten, Wedding und Reinickendorf den zweiten, Prenzlauer Berg, Pankow und die Ortsteile Weißensee und Malchow den dritten, Friedrichshain, Lichtenberg und die Ortsteile Hohen-schönhausen, Wartenberg und Falkenberg den vierten, Köpenick und Treptow ohne Ortsteil Treptow den fünften, Neukölln und Ortsteil Treptow den sechsten, Tempelhof, Steglitz und Zehlendorf den siebenten, Schöneberg und Wilmerdorf den achten, Spandau und Charlottenburg den neunten Bezirk. Die Art der Zusammenlegung zeigt, daß dafür gesorgt werden soll, daß möglichst viele Bezirke bürgerliche Mehrheiten aufweisen.

Anstelle der Bezirksversammlungen tritt ein Bezirksrat unter Vorsitz des Be-

zirksbürgermeisters, der aus 24 beziehungsweise 30 Mitgliedern besteht, nicht öffentlich tagt und lediglich ein Verwaltungsorgan ist, das nur soweit Beschlüsse fassen kann, wie ihm vom Oberbürgermeister oder Bezirksbürgermeister Aufgaben gestellt werden.

Die unbesoldeten Stadträte in den Bezirken fallen weg,

die auf 12 Jahre gewählten besoldeten Stadträte sind nur noch ausführende Organe des Bezirksbürgermeisters.

Die angeblichen Ersparnisse, die dabei gemacht werden sollen, sind für die Katz, denn die durch diese Maßnahmen überflüssig werdenden Bürgermeister, Stadträte usw. werden pensioniert, und durch die schärfere Bürokratisierung werden bald neue Präfuden geschaffen.

Aber die Arbeiterbevölkerung wird, wenn sie mit irgendwelchen zentralen Bezirksstellen zu tun hat — und das ist gerade bei den Ärmsten der Armen oft genug der Fall! — werden größeren Aufwand

an Zeit und oft auch Fahrgeld aufwenden müssen. Durch die Beseitigung der Bezirksversammlungen wird auch die ohnehin geringe Kontrolle der Bezirksbürokratie noch weiter eingeschränkt und den Notleidenden wird noch weniger Möglichkeit bleiben, etwa durch das Eingreifen proletarischer Bezirksverordneter zu ihrem Recht zu kommen.

Schmählich ist auch hier wieder die Haltung des „Vorwärts“ und der kommunalen Spitzenfunktionäre der SPD, die grundsätzlich dieser „Reform“ zustimmen

und nur den frommen Wunsch äußern, daß doch der Stadtverordneten - Versammlung gnädigst erlaubt würde, sich selbst noch weiter zu knirschen. Demgegenüber muß die Arbeiterklasse nicht die Einschränkung, sondern die Erweiterung der Selbstverwaltung und die Kontrolle der kommunalen Verwaltung durch proletarische Klassenorgane erkämpfen, um den Weg frei zu machen zur wirklichen Selbstverwaltung auf dem Boden der proletarischen Räteverfassung.

1 Jahr SAP und SJV

Dienstag, den 4. Oktober, 20 Uhr

Öffentliche Kundgebung

in Kilems Festsälen, Hasenheide

Max Seydewitz spricht

Alle anderen Veranstaltungen fallen an diesem Abend aus

SAP und SJV Groß-Berlin

Sondergericht u. Rechtsnot

In einer Konferenz der Deutschen Liga für Menschenrechte, die Dienstag, den 4. Oktober, 19.30 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, über das Thema „Die Rechtsnot in Deutschland“ veranstaltet wird, wird auch die Erörterung der Sondergerichtsbarkeit einen breiten Raum einnehmen. Es haben sich bereits für die Generaldebatte eine Anzahl von Rechtsanwälten zum Wort gemeldet, die vor Sondergerichten verteidigt haben. Karten zu dieser Veranstaltung sind an der Abendkasse im Herrenhaus erhältlich.



Bezirksverband Berlin-Brandenburg Montag, 3. Oktober. Sportfraktion, 19.30 Uhr, Magazinstraße 12a. Referent: E. Butte. Mittwoch, 5. Oktober. Ortsgruppe Tiergarten: 19 Uhr, Funktionärsitzung bei Scholz, Lewetzowstraße 21. 20 Uhr, Mitgliederversammlung im selben Lokal. Ortsgruppe Weißensee: 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Huckwitz, Berliner Allee 193. Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Abt. 1 und 2, 20 Uhr, bei Hauff, Millastraße 6; Abt. 3 und 4, 20 Uhr, bei Reche, Metzger Straße 26.

SJV Groß-Berlin Roter Oktober-Appell 1.—16. Oktober. Groß-Berliner Mitgliederversammlung am 1. Okt., 19.30 Uhr, Kochstraße (Schule): „Was war, was ist, was soll werden?“ Redner: Willy Krefmann. „Die Aufgaben der revolutionären Partei.“ Redner: Max Seydewitz. Spieltrupp, Tambourkorps, ZdA, FgJ, SAJ ehem. SJV willkommen.

2. Oktober: 6 Groß-Berliner Veranstaltungen „Oktober 1917—Oktober 1932.“ AB Nord-Ost: Helm Pankow, Mühlenstraße 77. Redner: Baler. AB Ost u. UB Mitte: Magazinstraße 12a. Redner: Krefmann. UB Neukölln u. Kreuzberg: Rosenstr. 13. Redner: Walcher. UB Tempelhof/Mariendorf: Götzstraße. Redner: Pottliker. AB West: Genthiner Str. 17. Redner: Boris. AB Nord: Lehrter Str. 18/19. Redner: J. R u n s c h. Bezirkskonferenz Brandenburg: 15./16. Oktober in Berlin. Die nächste Etappe. „Es lebe der rote Oktober“: 16. Oktober, 18 Uhr, Schlußveranstaltung im Lichtspielhaus Neukölln, Bergstraße 147. Film: „10 Tage die Welt erschütterten.“ Redner: Ernst Toller — Ernst Busch — Spieltrupp. Erwerbstätige 40 Pfg., Erwerbslose 25 Pfg. Brandenburger Bezirkskonferenz: 15./16. Oktober. Wir benötigen noch Quartiere für die Brandenburger Genossen. Quartiere umgehend ans Sekretariat melden.

Öffentliche Gruppenabende

Thema: „Die Aufgaben der revolutionären Jugend“ Mittel-Nord: 6. Oktober, Elisabethkirchstraße 19. Neukölln: 7. Oktober, Rosenstraße 13. Mittel-Süd: 8. Oktober, Magazinstraße 12a. Pankow: 8. Oktober, Mühlenstraße 77. Tempelhof: 8. Oktober, Götzstraße. Paul Levi: 11. Oktober, Gleimstraße 35. Würther Platz: 11. Oktober, Christbergerstraße 7. Balkan: 14. Oktober, Schönlankestr. (Baracken). Frankfurter Allee: 19. Oktober, Littauerstraße (Schule) Beginn 20 Uhr. Karten für die Filmveranstaltung am 16. Oktober müssen bis zum 14. Oktober abgerechnet sein.

Wohin?

Im RoseTheater sieht man allabendlich in sauberer Aufführung Zuckmayers Komödie „Der Hauptmann von Köpenick.“ Beginn: 20.15 Uhr. Der Wintergarten kündigt für Oktober ein Programm an, dessen vier hervorragende Eigenschaften Buntheit, Anmut, Tempo und Komik sind. Beginn 20.15 Uhr. Sonnabend und Sonntag außer dem 16. Uhr.

Bittgänge — aber kein Kampf!

Die Gewerkschaftsmitglieder haben nichts zu sagen, die Bürokratie bestimmt.

Berlin, 1. Oktober.

In einer Betriebsversammlung der Berliner Städtischen Gaswerke (technische Unterabteilung) im Hackeschen Hof nahm man Stellung zum Abschluß des Reichsmanteltarifs und zur Papen-Notverordnung.

Referent war der Berliner Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Schaum, der es ausgezeichnet verstand, Rosinen, die für andere nicht sichtbar sind, aus dem Reichsmanteltarif herauszuholen und die Verschlechterungen als nicht so erheblich für die Gemeindearbeiter hinzustellen. Er brachte es sogar fertig, den Abschluß des Reichsmanteltarifs als einen Erfolg hinzustellen. Bei Behandlung der Papen-Notverordnung brachte er zum Ausdruck, daß jetzt nichts notwendiger sei, als treu zum Verband und dem bürokratischen Apparat zu halten. Er „vergaß“ ganz, den Gasarbeitern mitzutellen, daß ihnen durch Angleichung an die Reichsarbeiterlöhne 13 Pfennig pro Stunde verloren gehen, und erklärte nur,

daß man versuchen werde, durch Verhandlungen beim Finanzministerium oder mit der Regierung Papen eine Milderung des Lohnabzuges herbeizuführen.

Erst wenn diese Verhandlungen scheitern, könne man evtl. die äußersten Kampfmaßnahmen ergreifen. „Wir sind gewillt“ — erklärte Schaum — „wenn dann die Kollegen hinter uns stehen, auch die äußersten Konsequenzen, die durch die Zuchthausandrohung der Notverordnung entstehen, zu tragen.“ Den Hauptkampf sah er aber in dem Volksentscheid, den die Sozialdemokrat. Partei beantragt hat.

Als erster Diskussionsredner sprach ein Vertreter der Eisernen Front, der selbstverständlich Schaum beipflichtete. Ihm folgte ein Vertreter der KPD und diesem wiederum unser Genosse Dobrowlaw, der auf

die Gefahren und die Verschlechterungen des Reichsmanteltarifs hinwies und der Versammlung die Papensche Notverordnung und ihre Folgen schilderte. Er verlas zum Schluß eine

Resolution, die zum äußersten Kampf gegen die Notverordnung aufforderte und verlangte, daß die Ortsverwaltung an ADGB, KPD, SPD und SAP herantreten solle, um die Schaffung eines Kampfblockes der Arbeiterschaft gegen die Vernichtung der Arbeiterrechte zu verlangen.

Als nächster Redner sprach wieder ein Vertreter der Eisernen Front, der ebenfalls eine Entschliebung einbrachte, die aber nach dem Willen der Verbandsleitung ausgearbeitet war. Schließlich legte auch die RGO noch eine Entschliebung vor. Als letzter Redner sprach ein rechter Kommunist, der die Stellung der Gewerkschaften zum 20. Juli verteidigte (f).

In seinem Schlußwort versuchte Schaum gar nicht erst sachlich auf die einzelnen Diskussionsreden einzugehen, sondern bemühte sich nur, die oppositionellen Diskussionsredner lächerlich zu machen.

Unser Genosse Hahn machte der RGO den Vorschlag, ihre Resolution zurückzuziehen, da alle drei Resolutionen in der Ablehnung der Notverordnung übereinstimmen. Das lehnte die RGO ab. Unsere Genossen beantragten dann, ihre Resolution mit der der Eisernen Front zu verbinden und als Zusatzantrag zur Abstimmung zu bringen. Nachdem aus der Versammlung gegen diesen Vorschlag kein Widerspruch erhoben worden war, äußerte

Schaum zum Versammlungsleiter, daß er diesen Zusatzantrag unmöglich vertreten könne. Daraufhin ließ der Versammlungsleiter auch nicht über den Zusatzantrag abstimmen,

und die Versammlung endete schließlich wie das berühmte Hornberger Schießen.

Berlin

Vogels Festsäle Inhaber M. Vogel und K. Giermann

Säle und Vereinszimmer für Versammlungen, Kommerse und Festlichkeiten zu den kulantesten Bedingungen Berlin SO 16, Brückenstr. 2 - Tel.: F 7 Jannowitz 2781



Kilems Festsäle Bismarckstr. 59, Hasenheide Nr. 12-16 Fernsprecher: F 6 Baarwald Nr. 5565 Säle und Vereinszimmer 60 bis 3000 Personen fassend x Konzert- und Theatergarten x

Weimar

Prima Weizenmehle sowie sämtliche Futtermittel u. Hülsenfrüchte empfiehlt in bekannter Güte und Billigkeit Carismühle

Bettwäsche Inlett

Handflücher Trikotagen Strümpfe kaufen Sie preiswert und gut bei Max Blau Geleitstr. 7

Decken Sie Ihren Bedarf in Weiß- u. Wollwaren Anna Heinicke bei Eitelburger Straße 19



# Das Vogtland und die Spaltung

Von Klaus Zweiling

Der Bezirk Plauen-Zwickau ist der stärkste der sozialistischen Arbeiterpartei. Dort wurde auch in Klingenthal die erste Ortsgruppe der SAP gegründet, am Mittwoch, dem 30. September. Eine Woche nach dem Berliner Gründungsparlament, am 11. Oktober, konstituierte sich als erster geschlossener Unterbezirk der Partei der vogtländische mit 33 Ortsgruppen. Die gesamte Partei hat also ein Interesse daran, jetzt, ein Jahr nach der Gründung der Partei, auch der politischen Geschichte dieses Gebietes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das gerade dort die SAP so starken Fuß fassen konnte, ist das Ergebnis intensiver Arbeit vieler Jahre innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. An erster Stelle ist da zu nennen die zähe und gründliche Schulungsarbeit. Niemals war die Opposition der vogtländischen Genossen ein oberflächlicher Wortradikalismus, wie der Parteivorstand es immer wieder darzustellen versuchte. Sie beruhte vielmehr auf gründlicher marxistischer Schulung des Funktionärkörpers und der gesamten Mitgliedschaft, soweit sie sich überhaupt am Parteileben beteiligte. So ist es denn auch kein Zufall, daß diese Oppositionsstellung der vogtländischen Genossen gegen die unmarxistische Politik der SPD nie stimmungsmäßig schwankte, und daß bei der Spaltung dort, wo die Ortsgruppen nicht geschlossen zur SAP übertraten, fast der gesamte Funktionärkörper und der größte Teil der aktiven Mitglieder zur neuen Partei stieß. Die Schulungsarbeit umfaßte alle Gebiete der Politik: Kommunalpolitik, Kultur, Innen- und Außenpolitik.

Inbesondere wurde bei jeder Gelegenheit das zentrale Problem aller praktischen Politik, das Problem des Staates und der Revolution im kleinsten Kreise wie in der Öffentlichkeit behandelt; der kommunistische Standpunkt — wie ihn zuerst Marx und Engels entwickelt hatten, und wie Lenin ihn so gewaltig in die Praxis umzusetzen verstand — wurde dabei klar und kompromißlos herausgearbeitet. Die Diktatur des Proletariats stellten die vogtländischen SPD-Arbeiter als ihre Forderung schon jahrelang dem rechten Demokratismus der SPD-Politik gegenüber.

Zu jeder Frage der praktischen Politik der Partei pflegten die vogtländischen Genossen sofort in klaren Entschlüssen ihre Stimme zu erheben. Niemals haben sie dabei oder bei ihrer Kritik in Wort und Schrift die geringste Konzession gemacht. Die Konzessionen, die taktisch notwendig waren, beschränkten sich auf den Ton, die Schärfe des Ausdrucks, der sich stets bemühte, parteigenössisch zu bleiben. Je offensichtlicher aber die verhängnisvollen Folgen der sozialdemokratischen Politik wurden, um so schärfer wurde auch die Sprache der Kritik.

Kein Wunder, daß diese Politik die schärfsten Angriffe sowohl des sozialdemokratischen Parteivorstandes wie der KPD auslöste. Der eine erklärte, daß die vogtländischen Funktionäre so die Grundlagen der SPD-Politik unterhöhlen, die andere, daß wir so die vogtländischen Arbeiter hinderten, zur KPD zu stoßen. Und wenn man die tatsächliche Wirkung unserer Politik betrachtet, so hatten beide Kritiker im Grunde recht — nur daß diese Kritik die vogtländischen Funktionäre zutiefst ehrte. Denn die Politik, deren Grundlagen sie unterhöhlen, war (und ist) die Politik des reformistischen Klassenverrats; und die Partei, zu der zu stoßen sie die Arbeiter abhält, ist die Partei, die in der revolutionären Mobilisierung des deutschen Proletariats so jämmerlich versagt, daß gerade in dieser Zeit revolutionärer Möglichkeiten sich täglich von neuem die furchtbaren Folgen dieser KPD-Politik enthüllen. In der Tat: weniger SPD-Arbeiter als anderswo sind im Vogtland zur KPD übergegangen; und andererseits:

je verhängnisvoller die Politik der SPD sich entwickelte, je furchtbarer die Folgen dieser Politik durch den objektiven Gang der Geschichte sich offenbarten, um so tiefer wurde die Entfremdung der vogtländischen SPD-Funktionäre von der Politik ihrer Partei.

Diese Politik mußte eine Kehrtseite haben, die uns manchmal die Kritik auch guter Freunde eintrug, die heute Schulter an Schulter mit uns in der SAP kämpfen: Nicht jeder konnte die Zähigkeit aufbringen, dieses Ringens, das scheinbar ohne Erfolg blieb — konnte es doch die praktische Politik der SPD nicht sichtbar beeinflussen — durch Jahre zu verfolgen. Mancher verlor den Mut; ging nicht zur KPD, aber trat untätig beiseite. Manches mal wollten ganze Ortsgruppen die Flucht ins Nichts antreten; manche Nacht der aktivsten Funktionäre mußte geopfert werden, um solche Ortsgruppen zu halten; und in einigen Fällen ging auch einmal eine halbe Ortsgruppe trotz dieser Bemühungen verloren.

Aber die Spaltung bestätigte die Richtigkeit der Politik, die die vogtländischen Funktionäre so rücksichtslos und zäh verfolgt hatten:

Der Bezirk Plauen-Zwickau wurde der stärkste der SAP, das Vogtland ihr am besten durchorganisiertes Gebiet, wo fast in jedem größeren Ort eine Ortsgruppe und darüber hinaus ein dichtes Netz von Vertrauensleuten und Verbindungsmännern vorhanden ist, überdies wohl das einzige Gebiet, wo ganze Ortsgruppen der SPD geschlossen übertraten und nach der Spaltung teilweise noch erheblich über den früheren Mitgliederbestand hinauswachsen. Und von denen, die einst mutlos über den scheinbar aussichtslosen Kampf in der SPD beiseite traten, sind die meisten, die wertvollsten, nach der Spaltung wieder mit frischem Mut zu uns gestoßen.

Noch ein anderes, organisatorisch-politisches Moment hat bei dieser Entwicklung entscheidend mitgewirkt: Die vogt-

ländischen Funktionäre hatten sich von vornherein scharf ablehnend gegenüber dem Reichsbanner und seiner schwarz-rot-goldenen, bürgerlichen Ideologie eingestellt. Manch erbitterter Kampf wurde gerade über dieses Problem geführt. Und als der Bezirk, dieser Tatsache Rechnung tragend, die Organisation der sozialdemokratischen „Parteiordner“ schuf, da machten die vogtländischen Genossen daraus eine Organisation, die an Zahl das Reichsbanner um das zwei- bis dreifache übertraf, an Aktivität aber um das zehnfache.

Bei der Spaltung gingen diese Ordnergruppen — politisch revolutionär geschult, organisatorisch bereits fest verschweißt — fast bis auf den letzten Mann zur SAP

und schufen dort einen Schutzbund, der — bereits auf einer starken Tradition aufbauend — an Disziplin, Organisation und persönlicher Leistung einzig in der Partei dastehen dürfte, vergleichbar wohl nur dem Schutzbund in Breslau, wo die Verhältnisse in dieser Be-

den Uebertritt vieler geschlossener Ortsgruppen der SPD mußten eine ganze Anzahl Mitglieder vorhanden sein, die nicht wie die aktive Mitgliedschaft dank langjähriger Schulung frei war von parlamentarischen Illusionen und zutiefst durchdrungen von der historischen Mission der SAP in dieser geschichtlichen Epoche. Daß diese Befürchtungen durch die Tatsachen glänzend widerlegt wurden, daß die Organisation nach der Wahl keinerlei Verluste zu verzeichnen hatte; daß in Mitgliederversammlungen nach der Wahl nicht das geringste Anzeichen von Schwächegefühlen sich zeigte; ja daß die bloße Erwähnung der Möglichkeit solcher Schwächegefühle schon stürmische Proteste auslöste —

das ist ein glänzendes Zeugnis für die politische Reife unserer vogtländischen Genossen in ihrer Gesamtheit.

Das zeigt, daß sie, auch die neuen schwereren Belastungen der kommenden Reichstagswahl mit derselben Kraft meistern werden, die wurzelt in dem von opportunist-

## Die Lassalle-Fahne



Die älteste Fahne der Deutschen Arbeiterbewegung als Banner der Breslauer SAP

ziehung ähnlich liegen. Damit wurde dieser Schutzbund zugleich zu einem Rückhalt für die Partei, starker, als sie es wohl irgendwo sonst besitzt.

Das Ergebnis dieser Entstehungsgeschichte der vogtländischen SAP ist auf Schritt und Tritt zu sehen. Ueberall ist dort bei der aktiven Mitgliedschaft ein unerhörtes starkes und tiefes Bewußtsein von der politischen Mission der SAP, ihrer historischen Aufgabe zu finden. Parteilosigkeit aus bloßer Lust am „neuen Laden“ gibt es dort nicht, ebensowenig die geringsten sektiererischen Neigungen, wie man sie wohl sonst an einigen Stellen der Partei findet. Dadurch wurde auch die Kraft erzeugt, Enttäuschungen spielend zu überwinden, entstanden aus Illusionen, die anfangs geweckt worden waren, über die Stärke der Partei in anderen Gegenden.

Die schwerste Belastung mußte die vergangene Reichstagswahl bringen. Und der Verfasser dieser Zeilen hatte ernste Sorgen für die stimmungsmäßige Rückwirkung des voraussehenden ziffermäßigen Ergebnisses auf eine Organisation, die mehr als alle anderen im Reiche Massenorganisation ist. Durch

schon Stimmungen freier Bewußtsein der gewaltigen geschichtlichen Aufgabe, die der SAP gestellt ist, deren Lösung wir alle, die wir uns in ihren Reihen zum Kampf zusammengedunden haben, als politische Pflicht empfinden. Ein wesentliches Verdienst daran, daß Schwächegefühle nach der Wahl gar nicht erst aufkommen konnten, trägt auch hier wieder unser Schutzbund, dessen gesteigerte, mit unerhörtem Opfermut verbundene Aktivität gegenüber drohenden faschistischen Aktionen der gesamten Mitgliedschaft ein gesteigertes Gefühl der Kraft verlieh.

Noch in einem anderen entscheidenden Punkte kann unsere vogtländische Organisation eine besondere Leistung verzeichnen: in ihrem Verhältnis zur KPD.

Im Vogtland — in Falkenstein und Klingenthal — schuf unsere Partei die ersten Kartelle mit der KPD. Als erste ging sie mutig an die schwerste und wichtigste Aufgabe unserer Partei. Nicht nur durch die Stärke ihrer Organisationen, sondern durch die in langen Kämpfen in der SPD erworbene Zähig-

## Der Kaiser ging, die Generale blieben

58) Ein deutscher Roman  
VON THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50  
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Vervielfältigung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„Barth hat die Adressen, ich werde ihn suchen gehen.“

Während die fehlenden Vorstandsmitglieder zusammengeleitet werden, um zu der Verhaftung Stellung zu nehmen, geht Laukant den Vorsitzenden der Oberteilung suchen. In dem Hackepeterrestaurant in der Chausseestraße, in dem Barth zu essen pflegt, findet er ihn nicht. Laukant sucht weiter — in Arbeiterlokalen, in der Elisabethstraße bei Schultz, in der Jostystraße im „Musikalischen Fuchs“, in Wohnungen bekannter Genossen.

Stundenlang läuft er umher, ohne Barth zu finden.

„Diese verfluchte Scheiße muß ein Ende nehmen!“

Wer hat denn das Flugblatt hier angeklebt?

„Daß die Bonzen die Hosen voll haben, wissen wir auch so!“

In der Maschinentabrik „Schwarzkopff A. G.“, Zinnowitzer Straße, hat eine Kolonne den Torpedo, den sie aus der Dreherlei in den Lagerschuppen transportierte, stehen lassen und drängt sich vor einem an der Wand klebenden Flugblatt, das noch naß vom Druck ist.

Die Kaiserfrage vor der Entscheidung.

Kurzer Aufschub.

Arbeiter! Parteigenossen!

Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf der Grundlage des Verhältniswahlsystems soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt und Verzicht wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufheben des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Sonnabend treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden.

Eure Kraft und eure Entschlossenheit vertritt diesen Aufschub.

Der Vorstand

der SPD und die Reichstagsfraktion:

„Eure Kraft und eure Entschlossenheit“ — und darauf sollen wir reinfallen!

„Kurzer Aufschub“ — so schieben sie schon vier Jahre lang.“

„Beim Kreditebewilligen waren sie schneller!“

„Wenn Hindenburg besuchen ging, auch!“

„Ueberhaupt die Abdankung — fauler Zauber! Wenn der Kaiser nicht zusammen mit dem ganzen Plunder verschwindet, mit der ganzen Regierung und allen Bonzen dazu, dann ändert sich überhaupt nichts!“

Alle schimpfen und sind über den Inhalt empört.

Einer kommt nach vorn und sagt:

(Fortsetzung folgt.)

keit und mutvolle Kraft ihrer Politik setzte sie die KPD unter den stärksten Druck und zwang sie oft von ihrer verderblichen Politik auf der Arbeiterklasse nützliche Wege. Sie mußte dabei allerdings auch in gesteigertem Maße die zermürbenden Enttäuschungen der sturen SPD-Politik ertragen, die immer morgen wieder zu zerschlagen sich bemühte, was heute mühsam aufgebaut. Aber diese harte politische Schule bewahrte unsere vogtländischen Genossen vor politischen Schwankungen, die an anderen Orten auftraten.

Die aus der SPD kommenden SAP-Genossen, befreit von den hesseln reformistischen Politik, stolz auf das neugewonnene Fundament kommunistischer Grundsätze, das in unserer Prinzipienklärung geschaffen wurde, haben vielerorts zunächst die Rückgratfestigkeit gegenüber der KPD nicht voll wahren können. Mangel an Aktivität in der Praxis hat sie über der Gemeinsamkeit der kommunistischen Grundsätze, die SAP und KPD verbindet, vergessen lassen, daß die praktische Politik der KPD gerade die Wirklichkeit der kommunistischen Grundsätze, zu denen auch wir uns stolz bekennen, in tödlicher Weise gehemmt hat. Solche Schwankungen sind im Vogtland meist gar nicht aufgetreten, im anderen Fall rasch überwunden worden, weil unsere dortigen Genossen die grundsätzlichen Probleme sofort praktisch stellten und dabei das ganze praktische Versagen der KPD in der revolutionären Massenmobilisierung immer von neuem in erschütternder Weise erleben mußten.

Gewiß hat das an einigen Orten zunächst zu einem anderen Fehler geführt: dem Nachlassen der Aktivität in Ringen um die Einheitsfront. Aber die alterworbene politische Zähigkeit hat diese Stimmungen in den meisten Fällen rasch überwunden und wird sie in den wenigen Ausnahmefällen zweifellos ebenfalls bald überwinden. Sie wissen aus Erfahrung, unsere Vogtländer, daß die Früchte politischer Arbeit meist nicht in einem Sommer reifen, und daß doch keine Mühe vergeblich ist, die aufgewendet wird auf Grund einer gründlichen marxistischen Analyse der gesellschaftlichen Kräfte, wenn sie mit nie versagender, alle Enttäuschungen des Tages überwindender Zähigkeit verbunden ist.

In einem bedeutsamen Punkte aber wirkt sich die durch ihre Entstehungsgeschichte bedingte besondere Struktur der vogtländischen SAP hemmend aus. Weil das Vertreten kommunistischer Grundsätze den vogtländischen Genossen nichts Neues war; weil sie sich diese zu entscheidenden Teilen schon in der SPD angeeignet hatten; und weil auf der anderen Seite durch die Kraft, die die SAP im Vogtland schon bei der Gründung entfaltete, viele mitgerissen wurden, die ohne völlig klaren Bewußtsein von der historischen Mission der Partei deren Aufgabe einfach in der Fortsetzung der alten Oppositionspolitik der SPD-Linken sahen — ist dort die Entwicklung von der „linken SPD“ zur selbständigen Partei, die damit bedingte Uinstellung der sozialdemokratischen Formen der Politik, auf neue, den besonderen Verhältnissen dieser Zeit angepaßte Formen langsamer vor sich gegangen als an vielen anderen Orten im Reiche. Besonders schwer fällt das ins Gewicht bei der Arbeit in den überparteilichen Massenorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften. Da arbeiten heute teilweise isolierte, relativ viel schwächere Ortsgruppen im Reiche bedeutend besser.

Diesen Mangel, der einmal sehr fühlbar werden könnte, müssen unsere vogtländischen Genossen mit aller Kraft und in größter Geschwindigkeit auszugleichen suchen. Und es ist erfreulich, daß in der jüngsten Zeit das Bemühen in dieser Richtung — teilweise auch schon von schönen Tellerfolgen gekrönt — immer deutlicher wird.

Es gilt, reallos die Illusion zu überwinden — die aus der relativen Stärke unserer vogtländischen Gruppen leicht zu verstehen ist —, daß wir uns begnügen könnten mit der alten Form der Massenpropaganda durch Versammlungen, Flugblätter, Mitglieder- und Zeitungswerbung.

Es gilt zu erkennen, daß das Feld unserer Propaganda — Propaganda der politischen Tat — in erster Linie die überparteilichen Massenorganisationen sind: Gewerkschaften, Sport-, Freidenkerverbände usw.

Begreiflich ist der Abscheu vor den Ergebnissen der KPD-Arbeit in diesen Organisationen. Aber er darf nicht zur Untätigkeit führen, sondern es gilt ja gerade, die von der KPD versauten und schließlich im Stich gelassene Arbeit mit neuen, besseren Mitteln zu einem Ergebnis zu führen, das die Organisationen nicht — wie das unheilvolle Wirken der KPD — schwächt, sondern das geradezu die einzige Möglichkeit umschließt, die Organisationen zu stärken, vor dem Untergang in der Bourgeoisie-Diktatur zu bewahren und ihre heute gefesselte Kraft im revolutionären Massenkampf einzusetzen.

Gewaltig sind die Aufgaben, die vor unserer Partei stehen; unerhörte Anforderungen stellen sie an den Opfermut, die Ueberzeugungstreue, die nie erlahmende Zähigkeit jedes einzelnen Genossen. Aber wir wissen, daß diese Aufgaben nirgends in besseren Händen sind, als bei unseren vogtländischen Genossinnen und Genossen, den jungen wie den alten. Wir sind stolz auf sie, diese Alten, die Jahrzehnte der Enttäuschung nicht mutlos gemacht haben; wir sind stolz auf diese Jugend, die beim Aufbau der Partei teilweise Uebermenschliches geleistet hat und heute wie früher in engster Kameradschaft mit den Alten an unsern schweren Werke wirkt. Die ganze Partei ist ihnen allen besonderen Dank schuldig. Die ganze Partei wird weiter auf das Vogtland schauen. Und unsere Vogtländer werden wissen, welche ehrenvolle und schwere Verpflichtung das für sie bedeutet: immer voranzugehen auf dem Wege der geistigen Klärung, der Vertiefung und Festigung unserer kommunistischen Grundsätze, der organisatorischen Aufbauarbeit und — vor allem — der kühnen und zähen politischen Praxis. Und wir wissen: Sie haben das Zeug dazu, sich von niemand beschämen zu lassen!

# Jubiläums-Anzeiger der SAZ

## Provinz Sachsen

**Bruno Schürer**  
Wilkau  
Kartoffeln zum Einkellern  
verschiedene Sorten  
**Lieferung**  
in Zentnern und Waggonladungen  
zu  
**billigsten Tagespreisen**  
Fernruf 3724

**Max Ebert**  
Niederhaßlau  
Friedhofstr. 5  
**Anfertigung  
eleganter  
Herrenmoden**  
Ständiges großes  
Musterlager  
apart. Neuheiten

**Alfred Thomas - Wilkau**  
Culltzscher-Straße 23  
Tabakwaren - Groß- u. Kleinhandel  
Leih-Bücherei ca. 2500 Bände  
politischer und schöngestellter Literatur  
Neue Bücherliste 10 Pfg.  
Während der Kirchweihfeierlage Laden geöffnet!

**Restaurant „Zur Linde“**  
Neu-Wilkau  
Wir empfehlen für die Kirchweihfeierlage  
unsere freundlichen Lokalitäten. Sonntag ab 2 Uhr  
gastiert das bekannte  
**Planitzer „Jazz-Trio“**  
Ruf 7023 Es ladet ein Ruf 7023  
Kurt Meyer und Frau

**Nähmaschinen  
Radioanlagen  
Waschmaschinen**  
kaufen Sie  
billigst bei  
**Kurt Wagner**  
Wilkau  
Kirchbergerstr. 23

**Volkshaus  
Niederhaßlau**  
Eigenheim des Zentralsportvereins e. V.  
empfiehlt seine  
**Lokalitäten**  
mit geräumigen Saal allen Ar-  
beiter - Organisationen, sowie  
allen Freunden und Gönnern  
zur gefl. Benutzung  
Am 22. und 23. Oktober 1932:  
**Gr. Oktoberfest**  
Die Verwaltung. Der Bewirtschafter.

**Kurt Pilz, Niederhaßlau**  
Heluridstraße 15  
Fahrräder - Nähmaschinen  
Ring- und Waschmaschinen  
für Handbetrieb und Elektr.  
**Radio - Ausführung von Reparaturen**

**Urania-Lichtspiele**  
Niederhaßlau  
bietet  
die neuesten Ton-Filme  
in einwandfreier  
Tonwiedergabe und Vorführung.

**F. H. Flechsig jun.**  
Niederhaßlau  
gegründet 1884  
**Eisenwarenhandlung**  
Sowie sämtliche Haus-,  
Küchen- und Gartengeräte

**Gasthaus „Zur Blume“**  
Niederhaßlau b. Zwickau  
Verkehrslokal der Arbeiterschaft  
empfiehlt seine Lokalität zur gefl. Einkehr  
Fernruf 2293  
Inhaber: **Emil Dietze**

**Ernst Lorenz**  
Niederhaßlau  
Holzberg 1  
**Bedachungsgeschäft**  
Ausführung sämtlicher ins  
Fach schlagender Arbeiten.

**Martin Trüttsch**  
Wilkau, Cainsdorferstr. 52  
**Schuh-Reparatur-Werkstatt**  
Saubere Arbeit • Billigste Preisberechnung

**Paul Pilz, Niederhaßlau**  
Holzberg 4  
**Möbeltischlerei**  
Innen - Ausbau  
Solide Arbeit  
Billigste Preisberechnung.

**Albert Pampel**  
Wilkau, Cainsdorferstr. 50  
**Herren- u. Damen-Schneiderei**  
Führend in guten Qualitäten  
Zeltgemäße Preise

**Herbert Horn**  
Niederhaßlau  
Damen- und Herrenfriseur  
**Dauerwellen • Wasserwellen**

**Richard Frömel**  
Niederhaßlau  
Inh. Franz Frömel  
**Bau- und Möbelschlerei**  
Möbel- u. Polstermöbellager

**Otto Hippold**  
Niederhaßlau  
**Möbellackiererei**

**Richsteigers Restaurant**  
Niederhaßlau  
INH. ALBERT FÖRSTER  
empfiehlt seine geräumig. Lokalitäten  
zur gefl. Einkehr.  
Ausschank der Grenzweil - Brauerei  
Wernesgrün \* Sitz des Mietervereins.

**Kulmbacher Bierstuben**  
Oberhohndorf  
Bringe meine Lokalitäten  
in freundliche Erinnerung  
Fernruf: 7124  
Inh.: Arno Rösch

**Max Badstübner**  
Niederhaßlau  
Rathausstraße 6  
**Bau- u. Möbelschlerei**

Jeder Genosse, Jede Genossin!  
Wirbt einen  
Abonnenten  
für unsere **SAZ**

**Fleischerei u. Restaurant**  
„Garküche“  
Niederhaßlau  
Rudi Junghans  
Willy Schott

**Max Sperling**  
Niederhaßlau  
Querstr. 3  
**Schuhwaren  
und Reparatur**  
Maßarbeit  
Orthopädie  
Auf- und Umfärben  
von Schuhen

**Paul Meinhold**  
Niederhaßlau  
Albertstr. 8  
**Grünwaren- u.  
Delikatessen-  
Handlung**

**Alban Löffler**  
Niederhaßlau  
Großes Lager in  
sämtlichen  
**Pelzwaren,  
Hüten, Mützen  
Selden- und  
Klapphüten**

**Konditorei und  
Café Buschbeck**  
Besitzer Max Wächtler  
Fernruf Nr. 4954  
Beliebtestes Caféhaus Zwickau  
Erstklassiges Bestellgeschäft

**Anna verw. Weller**  
Niederhaßlau  
Friedhofstr. 20  
Empfehle meine  
**Fleisch- und  
Wurstwaren**

**Max Meinhold**  
Niederhaßlau  
Albertstraße 8  
**Holz-, Kohlen-  
und Briekett-  
geschäft.**

**W. Fickel**  
Niederhaßlau  
**Uhren, Gold-,  
und  
Silberwaren.  
Reparaturen**  
werden in eigener  
Werkstatt  
sauber u. preiswert  
ausgeführt.

**Löbau**  
Konsumverein Vorwärts  
LÖBAU  
Zum Jahrmarkt in Löbau  
Sonderverkauf von  
**Schuhwaren**  
Herrenhalbschuhe... v. 6.30 M. an  
Herrenvolksschuhe... v. 3.85 M. an  
Dam. Spangenschuhe v. 5.40 M. an  
Volksspangenschuhe v. 3.80 M. an  
Diese Preise gelten nur während des Jahrmarkts  
Große Auswahl  
in Damen- und Herren-Konfektion  
Damenmäntel mit Pelzkragen von 16.50 M. an,  
Pullover, Strickwesten, Wintersachen

**Dresden**  
Kauft bei  
**Schuh-Oestreich**  
das billige Schuhhaus Dresdens  
Verkaufsstellen:  
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof  
Frauenstraße, Ecke Schössergasse  
Königsbrückerstraße, am Albertplatz  
Oschatzerstraße 13  
Poststraße, neben Li-Mu

**Kulmbacher Bierstuben**  
**Edelweiß - Zwickau**  
Römerstr. 20 - Tel. 4793  
Angenehmer Familien - Aufenthalt  
Große Vereinszimmer  
Musikalische Unterhaltung

**Schuh- u. Sporihaus**  
**Rebentrost**  
Wilkau/Sa.  
Günstigste Bezugsquelle für  
Sportartikel u. Uniformen aller Art  
Lieferung an Vereine und Verbände

**Heidenau**  
**Heidenauer Hof, Inh. Ernst Tanbert**  
Spezial-Ausschank - Bayr. Bier - Zelsinger Kronenbier  
Vereinszimmer - Schattiger Garten  
Jeden Sonnabend: Schlachtfest.  
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

**Planitz**  
**Volkshaus Planitz**  
Sonnabend und Sonntag den 1. und 2. Oktober  
**Großes Oktoberfest**  
Herrliche Dekorationen in den Gasträumen  
Die Künstler und Stimmungskapelle Erich Pyrello und Partnerin  
Sonntag ab 16 Uhr Oktoberfestball  
Prämierung der 3 originellsten Tanzpaare \* Ueberraschungen \* Hochbetrieb  
Bayernkapelle

**Gasthaus „Anker“, Zw.-Schledewitz**  
empfiehlt seine renovierten Lokalitäten  
zur gefl. Einkehr - Angenehmer Familien-  
aufenthalt - Verkehrslokal der Arbeiter-  
sportler und Arbeitersänger - Küche  
und Keller wie bekannt  
Ergebenst **Kurt Baumann und Frau**

# Die OSP in Holland

Von J. de Kadt (Haarlem)

Als im Oktober des vorigen Jahres die Ereignisse in Deutschland zum Entstehen der SAP führten, machte in Holland der linke Flügel, der schon einige Jahre für eine radikale Politik kämpfte, eben einen letzten Versuch, auf dem Wege der Erfahrung festzustellen, wie weit es möglich sein würde, auf demokratische Weise, im Rahmen der sozialdemokratischen Partei, den Kurs der Parteipolitik zu ändern.

Würde die demokratische Gesinnung der holländischen Arbeiter stark genug sein, um trotz der Hetze der reformistischen Parteileitung das Recht der Propaganda für die linken Auffassungen innerhalb der SDAP sicher zu stellen? Obgleich viele daran zweifeln, waren wir doch alle der Ansicht, daß wir bis zum Äußersten versuchen mußten, in der Massenpartei weiter zu arbeiten und daß wir alles tun mußten, die Einheit aufrecht zu erhalten.

Von Anfang an war der linke Flügel zu fast jedem organisatorischen Zugeständnis, aber zu keiner Verleugnung ihrer Politik bereit gewesen. So konnte sie dazu kommen, eben im Oktober 1931 auf ihr eigenes selbständiges Wochenblatt zu verzichten und sich mit dem zugesagten Teil des für diese Gelegenheit neu geschaffenen Diskussionsorgans, „De Sociaaldemocrant“ zu begnügen. Ausreichender Raum und die feierliche Versicherung, daß kein Artikel wegen des Inhalts zurückgewiesen werden sollte, das waren die Bedingungen, welche die linke Propaganda ermöglichen sollten.

Der linke Flügel war damals eine schnell wachsende Minderheit in der SDAP.

In den Jahren 1925 und 1926 hatte eine kleine Anzahl Links-Sozialdemokraten angefangen, eine radikale Politik zu propagieren. Die Einheit der internationalen Gewerkschaften und die Zusammenarbeit mit den Russen gaben ihrem ersten Organ „Eenheid“ Namen und Inhalt. Dieses Organ propagierte unter Redaktion von Edo Femmen und P. J. Schmidt den Kampf gegen den Reformismus und für den unveröhnlichen Klassenkampf.

„Eenheid“ verschwand zufolge reformistischer Verbotsbestimmungen und kommunistischer Intriguen, und das darauf errichtete Blatt „Recht en Vrijheid“, das den Kampf gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung in den Vordergrund stellte (Holland ist eine koloniale Großmacht), ging fast auf dieselbe Weise zu Grunde.

Inzwischen hatte aber das Bedürfnis nach einer systematischen Propaganda für die revolutionäre sozialistische Politik so sehr zugenommen, daß im Jahre 1928 das linkssozialistische Wochenblatt „De Socialist“ errichtet werden konnte.

In den drei Jahren, die dieses Blatt bestand, wuchs der linke Flügel von einer kleinen Gruppe zu einer Macht in der SDAP heran. Es waren die Jahre, in welchen auch in Holland der Wahn der Hochkonjunktur und des allmählichen demokratischen Heranwachsendens zur Macht verschwinden mußte — erst von der Enttäuschung wegen der Erbarmlichkeit der Hochkonjunktur, mit ihrer bleibenden Arbeitslosigkeit, ihren kargen Löhnen für die große Masse und mit ihrem Stillstand der sozialistischen Bewegung — dann von der peinlichen Wirklichkeit der alles vernichtenden Weltkrise, deren Folgen sich in Holland zwar langsamer als in Deutschland fühlbar machten, auf die Dauer aber mit derselben unaufhaltsamen Kraft zur Verschärfung des Klassenkampfes führten.

Die Hilflosigkeit der Reformisten, welche mit parlamentarischen Auftreten und mit beschränktem gewerkschaftlichem Kampf die zunehmenden Angriffe der Bourgeoisie abzuschlagen versuchten, trat immer deutlicher ans Licht, und so konnte der revolutionäre Gedanke schnell Einfluß gewinnen. Besonders weil „De Socialist“ sich nicht darauf beschränkte, den holländischen Reformismus aufzudecken, sondern fortwährend das Fehlschlagen des internationalen Reformismus — besonders des deutschen und englischen — nachwies.

Es ist denn auch kein Wunder, daß die Führung der SDAP den linken Flügel mundtot machen wollte. Jeder Kongreß brachte einen Angriff auf „De Socialist“, ohne daß die Parteiführung es wagte, das Blatt zu verbieten. Erst 1931 konnte sie die Mehrheit des Kongresses gewinnen für einen Antrag, worin ausgesprochen wurde, daß es erwünscht sei, ein allgemeines Diskussionsblatt für die Partei zu errichten und „De Socialist“ aufzuheben.

Am 1. Oktober 1931 trat dieser neue Zustand ein. Nach zwei Monaten zeigte es sich schon, daß die Absicht gewesen war, den linken Flügel zu verhindern, mittels des „Sociaaldemocrant“ direkten politischen Einfluß auszuüben.

Eben in den Herbstmonaten des Jahres 1931 wurde es größeren Gruppen von Arbeitern klar, daß die Reformisten in jeder Hinsicht versagten. Sie widersetzten sich jeder außerparlamentarischen Aktion, wiesen sogar große Demonstrationen zurück, traten im Parlament äußerst schlaff auf und traten, nachdem die Regierung jede gehörige Unterstützungsregelung verweigert hatte, in ein Wohltätigkeits-Komitee, worin die Kronprinzessin das Ehrenpräsidium einnahm.

Zu gleicher Zeit versuchte die reformistische Gewerkschaftsführung jedem Kampf auszuweichen und sogar die streikenden Textilarbeiter wieder in die Fabriken zurückzutreiben während, als dies mißlang, der Kampf als eine beschränkte Lohnaktion geführt wurde, wodurch die Niederlage im voraus feststand.

Der linke Flügel, dessen Protest gegen dieses Benehmen von dem „Sociaaldemocrant“ verweigert wurde, würde, wenn es sich nicht offen losgesagt hätte von dieser reformistischen Politik, von der Masse als mitverantwortlich betrachtet worden sein. Eine Konferenz der „Linksflügel“ beschloß denn auch, die Freiheit der schriftlichen Propaganda wiederzugewinnen und auf eine eigene Organ herauszugeben, dieses erschien am 1. Januar 1932 unter dem Namen „De Fakkelt“.

„De Fakkelt“ und der linke Flügel nahmen nun schnell an Einfluß zu, aber zu gleicher Zeit wurde es klar, daß eben deshalb die Parteiführung seinem Auftreten ein Ende machen wollte.

Für den Osterkongreß wurde ein Antrag fertiggestellt, worin man erklärte, daß der Sozialismus nur in Zeiten der Hochkonjunktur möglich sei, daß während der Krise nur Verteidigungsaktionen geführt werden könnten, und daß der Kampf der Arbeiterbewegung auf parlamentarisch-demokratischem Wege vor sich gehen sollte. Abweichungen von dieser Politik seien nicht zulässig und sollten mit disziplinarischen Mitteln bekämpft werden. Als erste Maßnahme in diesem Geiste wurde „De Fakkelt“ verboten.

Als diese Resolution von dem Haarlemer Kongreß akzeptiert worden war, würde ein weiteres Bleiben in der SDAP einem Verzicht auf die linke Politik bedeutet haben. Die Genossen des linken Flügels hätten sich dadurch selbst zu Gefangenen des Reformismus gemacht.

Eine neue Partei war also unvermeidlich geworden. Am 28. März wurde die OSP gegründet.

Die Partei besteht jetzt ungefähr sechs Monate. Sie hat während dieser Zeit ungefähr 120 Ortsgruppen und 7200 Mitglieder organisiert, während ihr Organ „De Fakkelt“, das als Wochenblatt angefangen hat, nach dem 1. Mai zweimal wöchentlich, nach dem 1. Oktober dreimal wöchentlich erscheint, während die Auflage von 5000 auf durchschnittlich 16000 gestiegen ist.

Allerdings der SDAP mit ihren 75000 Mitgliedern gegenüber ist die OSP nur eine kleine Partei. Aber die OSP ist bedeutend viel größer als die kommunistische Partei Hollands, die als Mitgliederzahl 5000 angibt, in der Tat ungefähr 2500 Mitglieder hat.

Hierdurch sind wir in einer günstigeren Lage als die SAP, die eine kommunistische

Massenpartei sich gegenüber hat. Andererseits ist die holländische Sozialdemokratie noch bei weitem nicht so sehr kompromittiert wie die SPD.

Eine nationale Koalitionsregierung von Sozialdemokraten und Bürgerlichen hat Holland noch nicht gekannt. Die Sozialdemokratie kann sich also noch radikal gebärden.

Tatsache aber ist, daß die SDAP, die in zahlreichen Städten mit den Bürgerlichen zusammen regiert, in ihrer Gemeindepolitik in zahlreichen Städten den plattesten und folgsten Reformismus an den Tag legt. Während man sich voll Entrüstung auflehnt gegen die Angriffe der Regierung auf den Lebensstand der Arbeiter, machen die sozialdemokratischen Gemeindebehörden diesen Abbau mit noch mehr Energie als die Regierung mit!

Der Unterschied zwischen den reformistischen Worten und Taten wird den holländischen Arbeitern klar, und besonders jetzt, wo die Regierung einen Staatsetat eingebracht hat, durch den die ganze Arbeiterklasse bedroht wird, wollen die Arbeiter auch Taten sehen.

Arbeitende und Arbeitslose fühlen immer mehr, daß nur die Bildung einer Einheitsfront die natürlich eine Kampffront wird sein müssen, Rettung bringen kann.

Die Lösung der OSP, man solle als erste Tat eine gewaltige, nationale Demonstration organisieren an einem Werktag, erst mit soviel Kraft in den Gewerkschaften propagiert werden, daß die Führung der Partei und der Gewerkschaften, die vor einem Jahre noch jede Demonstration zurückwiesen, jetzt gezwungen sind, zu einer Tat zu kommen und eine Demonstration, wie von uns gewollt, zu organisieren.

Die OSP hat jetzt für die folgende Etappe die Parole des demonstrativen Streiks herausgegeben, und wie es uns gelungen ist, die Masse für den Demonstrationsgedanken zu gewinnen, so werden wir ebenso gut dafür sorgen, daß der Gedanke des politischen Streiks bei den holländischen Arbeitern Anklang findet.

Es versteht sich, daß die Führer der reformistischen Gewerkschaften die Arbeit der OSP in den reformistischen Gewerkschaften mit steigender Wut beobachten. Seit die OSP in mehreren Gewerkschaften verhütet hat, daß Verschlechterungen kampfflos akzeptiert wurden, seit sie noch vor kurzem, erst bei dem Seeleutestrik, die Aktion stärker und umfangreicher machte als der Führung gefällig war, und dann bei den Bauarbeitern den Beschluß der Führung, Lohnerniedrigung zu akzeptieren, durch den Kongreß zurückweisen ließ, und besonders seit die OSP die Masse der Gewerkschaftsmitglieder für eine radikale Politik zu gewinnen sucht, seitdem verfolgen die Gewerkschaftsführer die OSP in den Gewerkschaften mit allen Mitteln.

Wenn man nun weiß, daß die Arbeitslosenversicherung in Holland so gestaltet ist, daß die Gewerkschaftsmitglieder höhere Unterstützung empfangen und andere Vorrechte genießen, so versteht man, daß Ausschluß aus der Gewerkschaft auch Brotraub bedeutet. Eben deshalb sehen die Reformisten in dem Ausschluß das richtige Mittel, die OSP in den Gewerkschaften zum Schweigen zu bringen.

Schon viele Dutzende Parteigenossen sind auf diese Weise das Opfer der reformistischen Praktiken geworden, aber überall wird nach den Ausschlüssen die Opposition stärker. Solange die Partei nicht dem Drang derjenigen nicht nachgibt, die aus Protest gegen die Ausschlüsse aus den Gewerkschaften austreten wollen, oder der Taktik der RGO folgen wollen, so wird unser Einfluß in den Gewerkschaften fortwährend zunehmen.

Im allgemeinen hat die OSP von Anfang an nicht nur gegen den Reformismus gekämpft, sondern auch die ultra-linke Politik der KPH entschieden zurückgewiesen. Die KPH ihrerseits hat uns auf die schärfste Weise bekämpft, und um doch ja zu zeigen, daß sie revolutionärer

ist als wir, verfällt sie in den törichtesten Ultra-Radikalismus. Wenn wir z. B. die große Masse zu einer Demonstration aufrufen, so organisiert die KPH eine eigene Demonstration und nennt uns konterrevolutionär, weil sie nicht dasselbe tun, während sie zu gleicher Zeit erklärt, daß sie nicht mit der OSP zusammenarbeiten wolle, weil sie nur die Einheitsfront „von unten auf“ wünscht.

Unsere Partei hat sich immer bereit erklärt, mit allen Organisationen, also auch mit der KPH, zusammen zu arbeiten in dem Kampf gegen die Bourgeoisie, und als Resultat dieser Bereitwilligkeit ist denn auch gegen Faschismus und zunehmende Kriegsgefahr ein Ausschuß gebildet worden, an dem die revolutionäre syndikalistische Gewerkschaft, die Antimilitaristen, einige kleinere revolutionäre Gruppen und die OSP teilnehmen. Die Reformisten und die KPH lehnten Teilnahme an diesem „Antifaschismus“ ab.

Wir unsererseits wäsen eine Zusammenarbeit mit der KPH, wenn die organisatorischen Regeln nicht beachtet werden, zurück. Das „von unten auf“ müssen die Kommunisten bei sich selbst üben! Unsere Partei ist vollkommen demokratisch aufgebaut und braucht in dieser Hinsicht keine Lehren seitens der KPH.

Bei unserem ganzen Kampf in Holland wissen wir natürlich sehr gut, daß die großen Entscheidungen nicht in Holland fallen.

Wir haben immer unseren Kampf als einen sehr kleinen Teil des internationalen Kampfes gesehen und darum haben wir fortwährend den linken Flügel und die OSP in die Sphäre des Internationalismus zu stellen versucht. So hatten wir schon in der SDAP Kontakt mit der I.P. aber auch mit den Norwegern, den Polen und den französischen und Schweizerischen linken Flügeln. Unser persönlicher Kontakt mit den deutschen Genossen ist verhältnismäßig spät zustande gekommen, aber wir haben von Anfang an mit dem „Klassenkampf“ in Deutschland mitgelebt.

Eben weil wir wissen, daß das Resultat des Kampfes in Deutschland für die ganze Welt von entscheidender Bedeutung ist und unseren eigenen Kampf vollkommen bestimmt, deshalb folgen wir den Ereignissen in Deutschland mit noch größerer Spannung als den Ereignissen im eigenen Land.

Wir kennen also auch — wir, das heißt nicht nur die Führer der OSP sondern auch das Kader und die Mitglieder — die Entwicklung und die Schwierigkeiten der SAP, der deutschen OSP, wie Reformisten und Kommunisten sie nennen. Diese Schwierigkeiten sind gewaltig, und doch sind wir fest davon überzeugt, daß die SAP sie besiegen wird, denn die Politik der SAP ist eben die Politik der Einheitsfront, und die allein ist imstande, das deutsche Proletariat zu retten.

Und wir wissen, daß, wenn die SAP genügende Kraft hat, diese Politik fortzusetzen ohne Abweichung nach Reformismus oder Kommunismus, daß dann das deutsche Proletariat endlich für diesen Kampf gewonnen werden muß. Gewiß, wir können nicht viel tun, um unseren deutschen Genossen in ihrem schweren Kampf zu helfen, aber zu jeder Zeit wird die SAP rechnen können auf alles das, was eine junge Partei in einem kleinen Lande an Solidarität und Unterstützung geben kann. Und je stärker SAP und OSP wachsen, um so mehr wird auch die Möglichkeit des wirklichen und internationalen Kampfes zunehmen. Reformismus und Kommunismus haben feilgeschlagen. Die revolutionär-sozialistische Politik ist die einzige, die den Ausweg bietet.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3, 1 Trepp. Telefon 206 02.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Trepp. Telefon 206 02.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

## Vom Vertrauen der Raucher getragen,

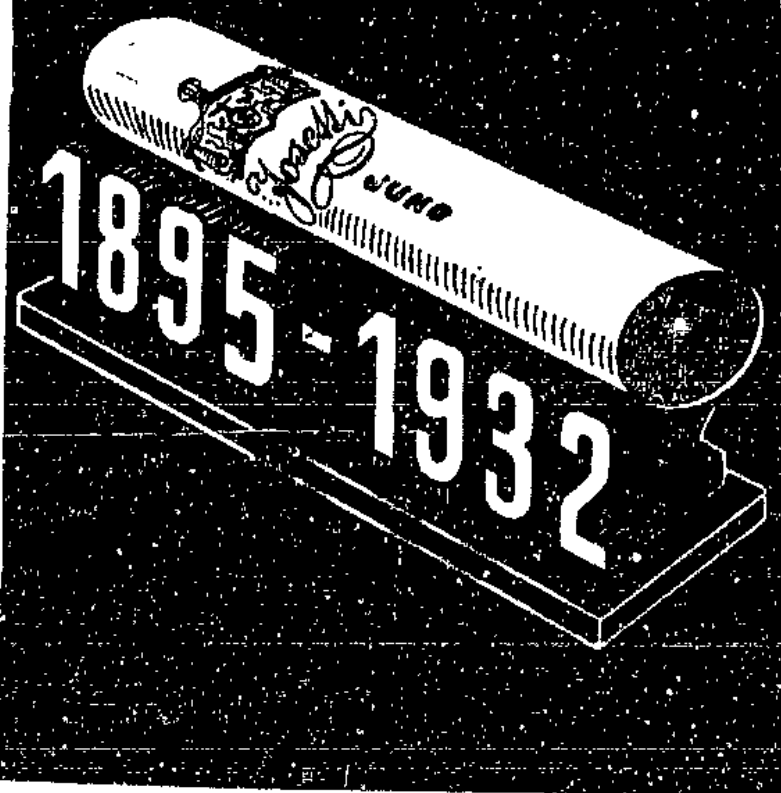
rechtfertigt Juno alle Erwartungen ihrer Freunde, weil sie in Bezug auf Mischung, Verarbeitung und Bekömmlichkeit stets erstklassiges bietet.

Diese hervorragenden Eigenschaften unserer

# JUNO

müssen Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen und Stickereien natürlich, ausschließen.

Juno erfüllt höchste Ansprüche durch erlesene Tabake und volles Format.



KOM LINOR

Wir beginnen am 1. Oktober  
mit unseren

## Leistungs- Verkaufs- Tagen

Mit Steigerung der  
Baumwollpreise halten  
wir erst recht an unserm  
Grundsatz fest:

**Verbiligung der  
Lebenshaltung!**

# BARASCH

**Die Billigsten  
sind und bleiben:**



**Metall-Bettstellen**  
viele Farben ab **9.85**



**Bettfedern**  
füllkräftig,  
per Pfd. 7 Mk. bis **0.50**



**Steppdecken**  
K'Seide, nur gute  
Qualitäten . . . ab **7.85**

**Bettfedern-Reinigung**  
freie Abholung u. Lieferung

## Betten-Dukas

NEUDORFSTRASSE 2  
Mitglied der Kunden-Kredit, Breslau

**Genossen!**

Man suche und sucht uns zu bekämpfen,  
weil wir nicht Ramsch, sondern nur prima Qua-  
litäten zu dennoch billigsten Preisen anbieten.  
Daher Eure Pflicht: Nun gerade und immer  
wieder kauft jeder Arbeiter, Angestellte und  
Beamte nur im

## Fahrradhaus „Sieg“

Neumarkt 19

dem Haus der Werktätigen  
Fahrräder mit Rücktrittfreilauf compl. ab Mk. 36.—  
Damenräder desgl. ab Mk. 38.—  
Ballonräder desgl. Herren ab Mk. 38.95  
Damen ab Mk. 39.50

und alle weiteren Preislagen.

Einzelrahmen compl. Herren ab 12.50,  
Damenrahmen ab 13.50

Große Auswahl in sämtlichen Ausführungen, wie  
Renn-, Halbrenn-, Touren- und Ballonrahmen.

Decken zu konkurrenzlosen Preisen in nur guten,  
nicht IIa Qualitäten 0.85, 1.20, 1.50, 1.95 usw.  
Reine Naturgummi Transparent-Decke Mk. 1.95  
bis 3.50. Schläuche, luftdicht ab Mk. 0.45  
Schlauchreifen Conti — Pollack Mk. 4.90

Mit Ausweis 5% Sonderrabatt

**METALLBETTEN  
MATRATZEN-KINDERBETTEN**  
**Reier & Olowinsky**  
BRESLAU-HERRENSTRASSE 31

Vertrauenssache ist der Einkauf von **Elektro- und  
Radioartikeln**. Darum geht zum Fachmann!

## Fritz Jenner

Ingenieurbüro für elektrische Licht-, Kraft- und Radianlagen  
Spezial-Reparaturwerkstatt Reußenhölle 38/Neue Weltgasse

**Werbt Abonnenten!**

Das führende Haus  
**Betten-Haus E. Becker**  
OSTDEUTSCHLANDS GRÖSSTE HAUS FÜR ELEKTRO-UND RADIOARTIKEL  
Kupperschmidestraße 4 direkt am Neumarkt



**Wer lacht  
ist schon  
gewonnen**

**sind wer lacht mit diesen Preisen!**



Elegante  
**Damen-Spangenschuhe**  
in schwarzem Boxkalf, Lack  
in schwarz wie Abbildung  
und braun wie Abbildung  
alle Größen **3.25**

**Damen-Spangenschuhe**  
in schwarzem Leder, mit  
Trotteur-Absatz . . . nur **2.45**

Elegante  
**Lack-Spangenschuh**  
für Damen, mit Opalg-  
malierung, besonders preis-  
wert **3.90**



**Herrn-Halbschuhe**  
in Original-Goodyear-Welt-  
kalf, modische  
Form, alle Größen **7.90**

**Herrn-Halbschuhe**  
in schwarzem Boxkalf, oder  
braunem Rindbox **4.90**

**Herrn-Halbschuhe**  
in Lack, elegante Form **5.90**

**Sportstiefel**  
für Herren, mit wasser-  
dicht. Futter u. Stahlschle  
**7.90**



**Ueberschuhe**  
für Damen, erstes Fabrikat,  
mit so langer Vorrat . . . **1.45**

**Kinderstiefel**  
in schwarz, besonders dauer-  
hafte Ausführung  
Gr. 25-36 9.25, 13-24 **2.90**

Mehrere **1000** Paar gute  
dauerhafte  
**Kinderstiefel**  
in Schwarz und Braun  
mit Quartis-Angebot ganz  
besonders billig!



**Hauschuhe**  
in Kamelhaar, mit  
besonders dauerhafter  
Sohle . . . Größe 30-42 **95**

**Kragenschuhe**  
für Damen in Kamelhaar  
Wolle m. Baumwolle, möglich  
warm . . . Größe 30-42 **1.45**

**Laschenschuhe**  
in einfarbigem Kamelhaar,  
mit Ledersohle  
Größe 30-42 **1.95**

**Schnallenstiefel**  
in Kamelhaar, mit Leder-  
sohle und Ledersohle, Ab-  
schleifdeck, für Kinder, nur **1.45**

Neue  
Schweidh.  
St. 15.

# STUTZMANN

RING  
**19**

das große Schuh-Spezialhaus

Zahlungserleichterung durch  
die Kunden-Kredit-G. m. b. H.